

JAHRESBERICHT 2013





Jahresbericht 2013

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Organisation und Mitarbeitende	4
Bericht des Direktors	6
Institutsbibliothek	9
Fachbereich Geschichte	11
Fachbereich Politikwissenschaft	16
Fachbereich Rechtswissenschaft	22
Fachbereich Wirtschaft	24
Vorlesungen, Vorträge, Symposien	28
Veröffentlichungen 2013	30
Medienpräsenz	33
Jahresrechnung 2013	34
Über das Liechtenstein-Institut	35
Schlusspunkt.....	36

Vorwort



Dr. Guido Meier, Präsident

Ich freue mich, zusammen mit dem Direktor und unseren Mitarbeitenden am Institut einmal mehr unseren Bericht für das abgelaufene Jahr präsentieren zu können.

Wie aus den beschriebenen vielseitigen Tätigkeiten im Institut während des Jahres 2013 hervorgeht, leben auch wir im Spannungsfeld zwischen Schnelllebigkeit und längerfristiger Betrachtung, zwischen dem Bedarf nach schneller, kurzer Darstellung des Prägnanten und tiefgreifender Reflexion und Analyse von Ursache und Wirkung, Wichtigkeit und Bedeutung historischer, rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Gegebenheiten – und dies möglichst abstrahierend von politischen Agenden oder zumindest diese erkennend. Schnell und leicht verdauliche Häppchen von spannender Information sind attraktiv, wirkliches Verstehen von komplexen Sachverhalten, um daraus allenfalls Handlungsfelder abzuleiten und dann das Richtige zu tun, ist aber lohnender.

Ruhe in den Erkenntnisprozess zu bringen, Einsichten in tiefere Zusammenhänge zu fördern und aus dem Informationsmüll, der uns dauernd zuschüttet, das langfristig für unser Zusammenleben Wesentliche herauszufiltern, das sehen wir als unsere Aufgabe und Mission im Liechtenstein-Institut. Aha-Erlebnisse von Bedeutung und Gewicht für unsere Gesellschaft zu schaffen ist das Höchste. Dann dringen wir zum Kern des Menschseins vor.

Wir sind privilegiert, dies im Liechtenstein-Institut sozusagen vollamtlich tun zu dürfen für unser Land, interdisziplinär im Austausch zwischen älteren und jüngeren Wissenschaftlern, und wir freuen uns über das Echo und das Interesse, das unsere Arbeit bei Staat, Gesellschaft und den Einzelnen findet, im Inland und weit über unsere Grenzen hinaus.

Ich finde es begeisternd, was unsere Forscher und Mitarbeiter an wertvollen Einsichten und Erkenntnissen erarbeiten und weiterzugeben in der Lage sind und damit die Aufgabe des Liechtenstein-Instituts erfüllen.

Ich sage ihnen an dieser Stelle herzlichen Dank, ebenso wie den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rates für ihre fachkundige und einen hohen Standard setzende wissenschaftliche Begleitung und Zielsetzung. Herzlichen Dank auch meinen Kollegen im Vorstand für ihre wertvolle Mitarbeit und den finanziellen Trägern des Instituts, dem Land Liechtenstein, den Gemeinden, den grosszügigen privaten Sponsoren, für welche die wissenschaftliche Unabhängigkeit eine Selbstverständlichkeit und die wissenschaftliche Qualität des Instituts ein Prädikat ist.

Das Institut ist gemeinsames Wirken für unser Land und es ist ein gemeinsamer Erfolg.

Dr. Guido Meier
Präsident

Bendern, im April 2014

Organisation und Mitarbeitende

Mitarbeitende des Liechtenstein-Instituts 2013

Dr. Wilfried Marxer	Direktor, Forschungsleiter Politik
lic. phil. Fabian Frommelt	Forschungsbeauftragter Geschichte
Dr. Rupert Quaderer	Forschungsbeauftragter Geschichte
Dr. Martina Sochin D'Elia	Forschungsbeauftragte Geschichte
Christian Frommelt	Forschungsbeauftragter Politik
PD Dr. Sebastian Wolf	Forschungsbeauftragter Politik
Univ.-Doz. Dr. Peter Bussjäger	Forschungsbeauftragter Recht
Dr. Herbert Wille	Forschungsbeauftragter Recht
Andreas Brunhart PhD	Forschungsbeauftragter Wirtschaft
Mag. Patricia Hornich LL.M.	Wissenschaftliche Mitarbeiterin Fachbereich Politik
Dr. Linda Märk-Rohrer	Wissenschaftliche Mitarbeiterin Fachbereich Politik
PD Dr. Patricia Schiess	Wissenschaftliche Mitarbeiterin Fachbereich Recht
Roman Büsser	Doktorand Politik
Cornelia Schuster	Bibliothekarin
Rebecca Beham	Bibliotheksassistentin
Ruth Allgäuer	Assistentin der Direktion
Brigitte Bühler	Assistentin der Direktion

Institutsvorstand

Dem Vorstand gehörten im Berichtsjahr an:

Dr. Guido Meier, Vaduz (Präsident)
lic. iur. Wolfgang Seeger, Schaan (Vizepräsident)
Dr. Jochen Hadermann, Triesen
Dr. Peter Rheinberger, Vaduz
Guido Wolfinger, Balzers

Der Vorstand hielt 2013 vier Sitzungen ab. Neben den Routinegeschäften wurden wichtige personelle und organisatorische Entscheidungen getroffen.

Wissenschaftlicher Rat (WR)

Dieser ist insbesondere für die Begleitung des Forschungs- und Lehrbetriebs zuständig. Im Berichtsjahr gehörten ihm an:

PD Dr. Mario F. Broggi, Triesen (Vorsitzender seit Oktober 2012)
Dr. Regula Argast, Universität Zürich
Prof. Dr. Sieglinde Gstöhl, Collège d'Europe Brugge (stellv. Vorsitzende seit März 2013)
Prof. Dr. Andreas Kley, Universität Zürich
Prof. Dr. Martin Kocher, Universität München

In den Sitzungen des Wissenschaftlichen Rates vom 9. März und 25./26. Oktober 2013 wurden die Berichte zu den Forschungsprojekten behandelt, geplante Vorlesungen, Vorträge und Tagungen zur Kenntnis genommen sowie das weitere Vorgehen in den vier Fachbereichen beraten.

Zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates wurde Prof. Dr. Sieglinde Gstöhl gewählt.

Direktor

Seit 1. April 2011 ist Dr. Wilfried Marxer, Forschungsleiter Politikwissenschaft, Direktor des Liechtenstein-Instituts. Im Herbst 2013 wurde Wilfried Marxer vom WR erneut zur Wahl für weitere zwei Jahre vorgeschlagen und vom Vorstand bestätigt. Als Direktor vertritt er das Liechtenstein-

Institut in wissenschaftlichen Belangen nach aussen, bereitet die Geschäfte des Wissenschaftlichen Rates vor und führt dessen Beschlüsse aus. Auch ist er zuständig für die laufenden Personal- und sonstigen Angelegenheiten des Instituts.

Mitgliederversammlung

Der Verein zählt per 31. Dezember 2013 81 Mitglieder. Die Mitgliederversammlung 2013 fand am 27. Mai statt. Die Berichte des Präsidenten und des Vorsitzenden des WR wurden zur Kenntnis genommen sowie Jahresbericht und Jahresrechnung 2012 genehmigt.

Nach Abschluss des offiziellen Teils der Versammlung stellte der Forschungsbeauftragte Sebastian Wolf den Evaluationsbericht von GRECO (Group of States against Corruption) zu Liechtenstein vor, welcher zu einer regen Diskussion unter den anwesenden Mitgliedern Anlass bot.

Kontrollstelle

Wie in den vergangenen Jahren nahm auch im Jahr 2013 die ReviTrust Revision AG, Schaan, diese Aufgabe wahr.



*Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Rats: (v.l.n.r.)
Andreas Kley, Sieglinde Gstöhl,
Mario Broggi, Martin Kocher
und Regula Argast.*

Bericht des Direktors



(v.l.) Wilfried Marxer, Ruth Allgäuer und Brigitte Bühler

Rückblick auf das Jahr 2013

Die Aufgaben des Liechtenstein-Instituts nehmen laufend zu. Neben den selbst initiierten Forschungsprojekten wird die Expertise des Instituts beziehungsweise seines Forschungsteams auch immer wieder von staatlichen und nichtstaatlichen Stellen sowie von nationalen und internationalen Medien gesucht, um vorhandenes Wissen zu teilen oder Studien, gemeinsame Forschungsprojekte oder Veranstaltungen durchzuführen. Soweit es die finanziellen Möglichkeiten zulassen, hat das Institut daher die personellen Kapazitäten nochmals aufgestockt. Im Fachbereich Politik sind Dr. Linda Märk-Rohrer und Mag. Patricia Hornich, LL.M., als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen im Teilzeitpensum engagiert worden. Ferner hat Roman Büsser ein Dissertationsprojekt über Themenresonanz im Wahlkampf begonnen. Im Fachbereich Recht unterstützt nun PD Dr. Patricia Schiess das Projekt Verfassungskommentar unter der Federführung von Univ.-Doz. Dr. Peter Bussjäger. Dr. Günther Boss verstärkt ab 2014 den Fachbereich Geschichte, wobei er sich mit seinem Forschungsprojekt zum Verhältnis von Staat und Religion an der Schnittstelle von Zeitgeschichte, Theologie und Religionssoziologie bewegt. Dagegen ist Dr. Rupert Quaderer nach Beendigung seines Forschungsprojektes über die Zeit von 1914 bis 1926 aus dem Institut ausgeschieden. Eine personelle Rochade hat es in der Administration gegeben. Nach dem Ausscheiden von Roswitha Meier ist Ruth Allgäuer neben Brigitte Bühler die zweite Assistentin der Direktion geworden.

Wissenschaftlicher Rat

Der 2012 stark erneuerte Wissenschaftliche Rat hat im Jahr 2013 keine personelle Veränderung erfahren. Neben dem Vorsitzenden PD Dr. Mario F. Broggi gehören Prof. Sieglinde Gstöhl, Dr. Regula Argast, Prof. Andreas Kley und Prof. Martin Kocher diesem Gremium an. Sieglinde Gstöhl wurde dabei 2013 zur Stellvertretenden Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates gewählt.

Neben dem zweimal jährlich tagenden Wissenschaftlichen Rat ist speziell für das Projekt Verfassungskommentar ein wissenschaftliches Begleitgremium installiert worden, welchem Verfassungsexperten aus dem In- und Ausland angehören. Dies soll die Qualität des in Bearbeitung befindlichen Verfassungskommentars sichern. Dem Gremium gehören Prof. Bernhard Ehrenzeller, Prof. Christoph Grabenwarter, Prof. Andreas Kley, Dr. Hilmar Hoch, Dr. Michael Ritter, Dr. Hugo Vogt, Dr. Herbert Wille und Dr. Tobias Michael Wille an.

Vorträge, Veranstaltungen, Publikationen

In die zahlreichen Vortragsreihen und Veranstaltungen sowie die Publikationen gibt der Jahresbericht weiter hinten Einblick. Das Liechtenstein-Institut freut sich über einen regen Besuch seiner Veranstaltungen und ebenso intensive Berichterstattung in den Medien. Meist wird über die Veranstaltungen in den beiden Landeszeitungen, häufig ebenfalls auf Radio Liechtenstein und 1FL TV berichtet oder es werden Interviews mit den Referierenden durchgeführt.

Viele der Publikationen sind auf der Website des Liechtenstein-Instituts gratis per Download verfügbar. Die gemeinsamen Bemühungen mit dem Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft, die früheren Bände der «Liechtenstein Politische Schriften» zu digitalisieren und online verfügbar zu machen, konnten wegen Kapazitätsengpässen der beauftragten Firma noch nicht abgeschlossen werden. Eine Umfrage bei allen Autorinnen und Autoren, sofern deren Anschrift in Erfahrung zu bringen war, hat ergeben, dass diesem Vorhaben keine Einwände entgegen stehen. 2014 erwarten wir daher die Umsetzung, wobei für neue Bücher jeweils eine Sperrfrist gelten wird.

Dienstleistungen, Auftragsstudien

Das Expertenwissen der Forschenden des Liechtenstein-Instituts ist von vielen Seiten gefragt. In- und ausländische Medien klopfen regelmässig an, wenn eine unabhängige Stimme für einen Medienbericht gesucht wird. Das Liechtenstein-Institut erfreut sich auch hoher Beliebtheit bei Besuchern aus dem Ausland. Im vergangenen Jahr suchten beispielsweise der Desk-Officer der US-Botschaft in Washington, Ivan Weinstein, mit seinem Team das Gespräch mit dem Institut, ebenso das Vorarlberger Landtagspräsidium oder Mitglieder des Europäischen Parlaments, um nur einige wenige zu nennen.

Stark im Einsatz war das Institut auch rund um die Landtagswahlen 2013. Am Wahlsonntag waren Politikwissenschaftler bei den Wahlsendungen von Radio Liechtenstein und der Fernsehübertragung von 1FL TV beziehungsweise dem Landeskkanal im Einsatz. Ferner wurden 2013 auch mehrere Auftragsstudien durchgeführt. Mehr dazu in den Berichten der einzelnen Fachbereiche. Schwerpunkt der Tätigkeit des Instituts bleibt aber weiterhin die selbstbestimmte Forschung, womit die wissenschaftliche Unabhängigkeit gewahrt bleibt.

Internationale Kontakte

Die bestehenden internationalen wissenschaftlichen Kontakte des Liechtenstein-Instituts wurden 2013 fortgesetzt, namentlich auch die aktive Teilnahme in internationalen Expertennetzwerken. Neue Forschende bringen dabei jeweils zusätzliche Kontakte mit und vergrössern das akademische Netzwerk des Liechtenstein-Instituts.

Europäische Austauschprogramme und Stipendien führen ferner zu Forschungsaufenthalten von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus europäischen Staaten im Liechtenstein-Institut, insbesondere aus mittel- und osteuropäischen Staaten. Sie suchen Kontakt zu den Forschenden des Liechtenstein-Instituts und benützen unsere gut assortierte Bibliothek. Aus solchen Kontakten können auch gemeinsame Forschungsvorhaben entstehen oder Gegenbesuche in den jeweiligen Staaten und Universitäten resultieren. Die Zusammenarbeit muss allerdings auch den beschränkten Ressourcen des Liechtenstein-Instituts Rechnung tragen. Zu weiteren Forschungs- und Konferenzkontakten geben die Erläuterungen der einzelnen Forschenden in diesem Jahresbericht Auskunft.

Nachwuchsförderung

Das Liechtenstein-Institut ist mit seiner Forschungsausrichtung in vielerlei Hinsicht eine einzigartige Institution in Liechtenstein. Daher tragen wir auch eine spezielle Verantwortung für die Nachwuchsförderung. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Praktikantinnen und Praktikanten am Liechtenstein-Institut laufend zugenommen. Sie werden jeweils für Aufgaben in laufenden Forschungsprojekten eingesetzt, sodass sie Einblick in die praktische Forschungstätigkeit eines wissenschaftlichen Instituts erhalten. 2013 waren dies Carmen Marxer, Sebastian Sele, Daniela Sele, Markus Mayer, Laura Beck, Florin Hasler, Nils Vogt, Isabelle Sartor, Toni Büchel und Florian Beusch. Auf diese Weise kann das Interesse an der Wissenschaft geweckt werden und der eine oder die andere überlegt sich, nach dem Studium ein Doktorat in Angriff zu nehmen. Auch hierzu bietet sich das Liechtenstein-Institut als Forschungseinrichtung an.

Wilfried Marxer

Schwerpunkt Demokratiekonferenz 2013

Erste Demokratiekonferenz in Liechtenstein: Souveränität, Völkerrecht und das Internet

Politologie In der ersten Demokratiekonferenz wurde am 8. und 9. Oktober im Rahmen der Initiative 'Forum für Politik, Verwaltung und Wissenschaft aus den Nachbarländern' vermehrt in Referaten, Diskussionen und Arbeitskreisen ein Einblick in die Zukunft der direkten Demokratie...

Drei Grundgedanken zur Demokratie

Keynote-Führender Präsident des Bundesrats...

BILDIMPRESSIOMEN

Andreas Oberholzer, Präsident des Liechtenstein-Instituts...

Wolfgang Herberich, Präsident des Liechtenstein-Instituts...

Wolfgang Herberich, Präsident des Liechtenstein-Instituts...

INLAND LIECHTENSTEINER VATERLAND | SAMSTAG, 12. OKTOBER 2013 | 5

Vorteile und Grenzen diskutiert

Handel, Impulse und Nutzen Liechtenstein ist ein kleines, doch einflussreiches Land. Die Vorteile der direkten Demokratie sind vielfältig, doch auch die Grenzen sind zu diskutieren. In der ersten Demokratiekonferenz wurde am 8. und 9. Oktober im Rahmen der Initiative 'Forum für Politik, Verwaltung und Wissenschaft aus den Nachbarländern' vermehrt in Referaten, Diskussionen und Arbeitskreisen ein Einblick in die Zukunft der direkten Demokratie...

Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten Die direkte Demokratie ist ein Instrument, um die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. In der ersten Demokratiekonferenz wurde am 8. und 9. Oktober im Rahmen der Initiative 'Forum für Politik, Verwaltung und Wissenschaft aus den Nachbarländern' vermehrt in Referaten, Diskussionen und Arbeitskreisen ein Einblick in die Zukunft der direkten Demokratie...

Wahlrecht Die direkte Demokratie ist ein Instrument, um die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. In der ersten Demokratiekonferenz wurde am 8. und 9. Oktober im Rahmen der Initiative 'Forum für Politik, Verwaltung und Wissenschaft aus den Nachbarländern' vermehrt in Referaten, Diskussionen und Arbeitskreisen ein Einblick in die Zukunft der direkten Demokratie...

Nutzen der Abstimmung Die direkte Demokratie ist ein Instrument, um die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. In der ersten Demokratiekonferenz wurde am 8. und 9. Oktober im Rahmen der Initiative 'Forum für Politik, Verwaltung und Wissenschaft aus den Nachbarländern' vermehrt in Referaten, Diskussionen und Arbeitskreisen ein Einblick in die Zukunft der direkten Demokratie...

Karriere des heutigen Nachwuchses Die direkte Demokratie ist ein Instrument, um die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. In der ersten Demokratiekonferenz wurde am 8. und 9. Oktober im Rahmen der Initiative 'Forum für Politik, Verwaltung und Wissenschaft aus den Nachbarländern' vermehrt in Referaten, Diskussionen und Arbeitskreisen ein Einblick in die Zukunft der direkten Demokratie...

Auszüge aus der Berichterstattung über die Demokratiekonferenz, an welcher das Liechtenstein-Institut massgeblich beteiligt war, Oktober 2013

Institutsbibliothek



Das Bibliotheksteam: Cornelia Schuster (rechts) und Rebecca Beham

Die Institutsbibliothek wurde weiterhin von Dipl.-Bibliothekarin Cornelia Schuster (40 %) in Zusammenarbeit mit Informations- und Dokumentationsassistentin Rebecca Beham (50 %) betreut.

Schwerpunkte des Jahres 2013 waren die Erschließung von bibliothekarischen Ressourcen, die sich aus der räumlichen Nähe ergeben (Vorarlberger Landesbibliothek, Bibliothek der NTB Buchs, Feldkircher Stadtbibliothek, Bibliothek der FH Dornbirn), sowie die Revision der letzten Bestandsgruppen, die noch nicht an die neuen Katalog- und Systematik-Anforderungen angepasst sind, namentlich die Gruppen Recht und Wirtschaft. Was Katalogniveau und Standort anbelangt, blieb hier sozusagen kein Stein auf dem anderen. Mithin sind jetzt 90 % des Gesamtbestandes revidiert.

Fortschritte auf dem Gebiet der elektronischen Dokumente betreffen zum einen die Volltextzugänglichkeit unserer eigenen Publikationen, die, sofern im Format pdf vorliegend, im Liechtensteinischen Verbundkatalog nun gewährleistet ist. Zum anderen ist durch das neue hauseigene Wiki die Transparenz der Bibliothek und ihrer Dienste erhöht worden. Der Zugang zu allen verfügbaren Datenbanken und Rechercheinstrumenten wurde erleichtert. Hier neu hinzugekommen ist der Bestand der Bodenseezeitschriften, der Zug um Zug online im Volltext bereitgestellt wird. Der Verlauf von Fernleihe- und Festbestellungen kann jetzt von jedem Forscher an seinem Arbeitsplatz verfolgt werden. Mit dem Ausbau der Onlinezugänge kommt dem Abgleich der Fernleihbestellungen mit verfügbaren Onlinedaten immer mehr Bedeutung zu.

Der Einstieg in die neue Bestandsgruppe E-Books wurde erfolgreich bewältigt.

Die aktualisierten Bestandszahlen der Hauptdisziplinen lauten (in quantitativ absteigender Reihenfolge) Rechtswissenschaft (2043), Politikwissenschaft und Soziologie (1668), Liechtensteinensia (1382), Geschichte (1103) und Wirtschaftswissenschaft (445). Der Neuzugang beläuft sich auf 57 Geschenke und 73 Titel durch Kauf. 44 vermisste oder veraltete Titel wurden aus dem Bestand genommen.

Der katalogisierte Bestand umfasst insgesamt 6930 Bände. An Periodika besitzt die Bibliothek 36 Zeitschriften, 9 Jahrbücher, 9 Loseblattsammlungen und 3 Zeitungen. Davon sind 20 neben der Printfassung auch online zu lesen und 3 sind reine Onlineabonnements, wodurch 40 % der Periodika am Arbeitsplatz aufrufbar sind.

Die Fernleihe betrug durch den Personalzuwachs mit 203 Bestellungen das Zweieinhalbfache des Vorjahrs. Davon wurden 73 Bestellungen, also ungefähr ein Drittel, online geliefert.

Die Bibliothek entwickelt sich weiter in Richtung hybrider Anbieter von Online- und Druckdokumenten. Allerdings bindet die Hebung des vorhandenen Bestandes auf das bibliothekarisch erforderliche Niveau weiterhin starke Kräfte.

Cornelia Schuster

Fachbereich Geschichte



Im Fachbereich Geschichte tätig: (v.l.) Martina Sochin D'Elia, Günther Boss (ab 2014), Rupert Quaderer, Fabian Frommelt

Rupert Quaderer hat seine langjährige Forschungsarbeit über Liechtenstein in der Zeit des Ersten Weltkriegs bis 1926 abgeschlossen. Die umfangreiche Publikation konnte im Februar 2014 der Öffentlichkeit präsentiert werden. Martina Sochin D'Elia befasst sich neben einem Forschungsprojekt über die Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz seit den 1920er-Jahren auch mit migrationshistorischen Themen. Nachdem Fabian Frommelt 2012 im Zuge seiner Forschungsarbeit über den Übergang von der Hohenemser zur Liechtensteiner Herrschaft ein Symposium zum Thema «Zwangsadministration» organisiert hatte, erschien Ende 2013 ein Sammelband mit den einzelnen Vorträgen. Ab 2014 ist neu auch Günther Boss mit einem Forschungsprojekt zum Thema Religion und Kirche in Staat und Gesellschaft im Fachbereich Geschichte angesiedelt.

Der Fachbereich Geschichte ist auch regional gut vernetzt. Sowohl Martina Sochin D'Elia als auch Fabian Frommelt haben Einsitz im Arbeitskreis für interregionale Geschichte des mittleren Alpenraums (AIGMA).

Die Kaiserliche Administration der Reichsgrafschaft Vaduz und der Reichsherrschaft Schellenberg (1684–1699/1712). Herrschaft, Verwaltung, politische Kultur

Die rund dreissigjährige Periode vom Ende der Vaduzer Hexenprozesse 1680 bis zum Verkauf der Herrschaft Schellenberg (1699) und der Grafschaft Vaduz (1712) durch die Grafen von Hohenems an das Fürstenhaus Liechtenstein wurde bislang nicht vertieft untersucht. Sie war geprägt von der Zwangsverwaltung der beiden Herrschaften durch den kaiserlichen Kommissar Rupert von Bodman im Auftrag des Römisch-deutschen Reichs. Mit dem Ende der Herrschaft der Grafen von Hohenems und dem Übergang an das Haus Liechtenstein erfolgte in dieser Zeit eine wichtige Weichenstellung im Prozess der liechtensteinischen Staatsbildung.

Dargestellt werden unter anderem die Hohenemser Finanz- und Herrschaftskrise, die Intervention des Reichs (Kaiser und Reichshofrat), die Verwaltungsstruktur und Verwaltungspraxis während der kaiserlichen Administration, das Verhalten der abgesetzten Hohenemser Grafen und der Verkauf von Schellenberg und Vaduz. Zentrale Fragen betreffen einerseits die Wirksamkeit des Reichs im Kleinterritorium, andererseits die «ständische» Beteiligung der in «Landschaften» verfassten Untertanen an der Verwaltungstätigkeit. Dabei soll der verfassungs- und verwaltungsgeschichtliche Ansatz mit sozial- und kulturgeschichtlichen Fragestellungen verknüpft werden. So ist etwa nach den Gruppencharakteristika und Verflechtungen der politischen Akteure (Landesherren, kaiserliche Kommissare und Administrationsbeamte, obrigkeitliche Beamte, landschaftlich-kommunale Amtsträger usw.) zu fragen und den Elementen der frühneuzeitlichen politischen bzw. administrativen Kultur nachzugehen (z. B. Legitimation, Kommunikation, Parteibildung, Patronage, Korruption, Gewalt usw.).

Das Projekt ist als Dissertation bei Prof. Dr. Anton Schindling an der Universität Tübingen angemeldet.

Sammelband herausgegeben

Die Haupttätigkeit 2013 bestand in der Abfassung weiterer Manuskriptteile, begleitet von vertiefter Literatur- und Quellenlektüre. Bearbeitet wurde insbesondere Teil D «Bewältigung der Finanzkrise und Ende der kaiserlichen Administration».

In den Monaten November und Dezember war der Praktikant Toni Büchel mit Aufgaben der Quellen- und Literaturschliessung betraut.

Im Berichtsjahr wurde der Band «Zwangsadministrationen. Legitimierte Fremdverwaltung im historischen Vergleich (17. bis 21. Jahrhundert)» herausgegeben (erschien Anfang Dezember 2013, im Impressum vordatiert auf 2014). Er enthält die Referate der aus Anlass des Jubiläums «300 Jahre Liechtensteiner Oberland» im September 2012 durchgeführten Tagung «Vom kaiserlichen Kommissar zum Hohen Repräsentanten» sowie eine ausführliche Einleitung des Herausgebers.

Fabian Frommelt

Geschichte des Fürstentums Liechtenstein im Ersten Weltkrieg und bis zur innenpolitischen Krise von 1926

Der ausgewählte Zeitabschnitt stellt eine für Liechtenstein entscheidende Epoche dar. Die bestehenden engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Österreich-Ungarn werden in Liechtenstein infolge der Kriegsauswirkungen immer stärker hinterfragt. Schliesslich führen die auch für Liechtenstein katastrophalen wirtschaftlichen Auswirkungen des Ersten Weltkrieges zur Kündigung des Zoll- und Steuervereins mit Österreich-Ungarn im August 1919. Parallel dazu geraten die politischen Verhältnisse im Lande immer stärker ins Schussfeld einer sich seit 1914 formierenden Opposition. Forderungen nach einer Verfassungsrevision werden laut. Die folgenden Jahre sind geprägt von innenpolitischen Kontroversen. Die Gründung zweier politischer Parteien kann als ein wichtiger Indikator einer Neuorientierung gesehen werden. Das wohl wichtigste Resultat der innenpolitischen Umgestaltung ist die neue Verfassung (1921). Aussenpolitisch gilt es die infolge der engen Anbindung an Österreich angezweifelte Souveränität und Neutralität des Kleinstaates unter Beweis zu stellen. Das vergebliche Bemühen Liechtensteins um Aufnahme in den Völkerbund zeugt von dieser Problematik. Der Abschluss des Zollanschlussvertrages (1923) mit der Schweiz hingegen bildet die Grundlage für den künftigen wirtschaftlichen Aufschwung.

In die Darstellung dieses Zeitabschnittes der liechtensteinischen Geschichte wurden alle mitwirkenden Kräfte einbezogen und Zäsuren wie Verfassungsrevision und Zollanschlussvertrag, aber auch die allgemeinen kulturellen, bildungspolitischen und mentalitätsgeschichtlichen Einflüsse behandelt. Die sozialen Auswirkungen des Krieges und seine Konsequenzen für die Politik und die Veränderung des Denkens und Handelns des «kleinen Mannes» sind ebenso Gegenstand der

Untersuchung wie die Hintergründe der Bankgründung und die Bedeutung der Gesetzgebung im Hinblick auf die Hebung des materiellen Wohlstandes.

Abschluss der langjährigen Forschungstätigkeit

Die Aufbereitung des Manuskripts zu der drei Bände umfassenden Publikation beanspruchte das ganze Jahr 2013. Am 16. Februar 2014 konnte die Buchpräsentation in der Aula des liechtensteinischen Gymnasiums in Vaduz durchgeführt werden.

Rupert Quaderer

Die liechtensteinisch-schweizerischen Beziehungen seit den 1920er Jahren

Seit sich Liechtenstein mit dem Abschluss des Zollvertrags im Jahr 1923 nach der Schweiz ausgerichtet hat, sind die beiden Länder eng miteinander verflochten. Dies nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch in der Gesetzgebung oder auch kulturell.

Trotz der nun schon bald 90 Jahre andauernden Zoll- und Währungsunion wurden die Beziehungen, die die Schweiz und Liechtenstein zueinander haben, bis anhin noch nie in einer Gesamtdarstellung untersucht. Doch wie sah die Zusammenarbeit der beiden Partner, der Schweiz und Liechtenstein, nach dem Abschluss des Zollvertrags genau aus? Auf welchen Grundsteinen wurde dieses liechtensteinisch-schweizerische Verhältnis aufgebaut, durch was wurde es gefestigt oder erschüttert und wie reagierten sowohl Liechtenstein als auch die Schweiz auf konfliktreiche Ereignisse? Welches Verständnis brachten die beiden Staaten in Sachfragen, in denen beide unterschiedliche Positionen vertraten, füreinander auf? Ausgewählte Beispiele dienen dazu, der ereignisreichen schweizerisch-liechtensteinischen Beziehungsgeschichte nachzugehen.

Martina Sochin D'Elia

Migrationshistorische, integrationshistorische und flüchtlingspolitische Fragestellungen

Tätigkeiten in diesem Bereich umfassten die Mitarbeit am Expertennetzwerk EUDO Citizenship (www.eudo-citizenship.eu) sowie Tagungspublikationen, Vorträge und Bereitstellung von Informationen für internationale Organisationen.

Martina Sochin D'Elia

Weitere Tätigkeiten der Forschungsbeauftragten im Fachbereich Geschichte

Referate, Lehrtätigkeit, wissenschaftliche Kontakte

Fabian Frommelt

Buchvernissage «Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein», Gemeindesaal Balzers; Präsentation «Konzept und Inhalt» (27.1.2013)

Eröffnung des neu gestalteten Historischen Höhenwegs Eschnerberg, Bendern; Kurzansprache «Erinnerungsorte und touristische Geschichtsnutzung» (27.4.2013)

Fabian Frommelt ist zudem Stellvertretender Vorsitzender des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein und Vertreter des Liechtenstein-Instituts beim Arbeitskreis für interregionale Geschichte des mittleren Alpenraumes (AIGMA)

Rupert Quaderer

Vom kleinen Grenzverkehr zum Zollanschlussvertrag (1923). Werdenbergisch-liechtensteinische Beziehungen während und nach dem Ersten Weltkrieg. Vortrag, Historisch-Heimatkundliche Vereinigung der Region Werdenberg, Buchs (7.3.2013)

«Die Sehnsucht nach Deinem Geld ist unermesslich». Das Fürstenhaus als finanzieller Nothelfer Liechtensteins in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg. Liechtensteinisch-Tschechische Historikerkommission, Symposium, Prag (25.4.2013)

Kurzbericht über die Landesgeschichtsforschung in Liechtenstein zuhanden der «Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg». Jahrestagung der «Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden Württemberg», Wertheim (28.6.2013)

Vom kleinen Grenzverkehr zum Zollanschlussvertrag. Werdenbergisch-liechtensteinische Beziehungen während und nach dem Ersten Weltkrieg. Vortrag, Kiwanis Club Werdenberg – Liechtenstein, Buchs (23.8.2013)

Schmuggler, Spione und Majestätsbeleidiger – Liechtensteinische Einzelschicksale im Umfeld des Ersten Weltkriegs. Vortrag, Senioren-Kolleg, Mauren (14.11.2013)

«...und gegebenenfalls militärische Operationen in Liechtenstein auszuführen». Liechtenstein und seine Beziehungen zur Schweiz während und nach dem Ersten Weltkrieg. Amt für Bevölkerungsschutz, Schlussveranstaltung «FLusSGAu» 2013, Vaduz (11.12.2013)

Liechtenstein und die Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg. Versuche einer Annäherung: Bodenreform – Errichtung einer Gesandtschaft in Prag – Völkerbund. Buchpräsentation tschechisch-liechtensteinische Historikerkommission Vaduz (17.12.2013)

Rupert Quaderer ist Mitglied der von der Regierung eingesetzten Expertenkommission «Quellenpublikation zu den Jahren 1900 bis 1928» sowie der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg.

Martina Sochin D'Elia

Interview Schweizer Radio für «Echo der Zeit» zum Thema Migration in Liechtenstein (16.1.2013)

Schweizer Geschichtstage in Fribourg. Vortrag zum Thema: «Konfessionelle Schulen als Orte der Wissens- und Deutungstransformation(en)» (7.–9.2.2013)

Interview mit Zibgniew Dumianski (Universität Auckland) zum Thema Liechtensteins Beziehungen zur Schweiz (21.8.2013)

Vortrag am Liechtenstein-Institut im Rahmen der Vortragsreihe «Migration – Integration – Partizipation» zum Thema «Von Aufenthalt bis Einbürgerung – Wie einbürgerungsfreundlich ist Liechtenstein?» (19.11.2013)

Vortrag anlässlich der Fachtagung der Schweizer Amtsärzte zum Thema: «Für Gott, Fürst und Vaterland – Liechtenstein für Eidgenossen» (21.11.2013)

Mitarbeit am Expertennetzwerk EUDO-Citizenship (www.eudo-citizenship.eu)

Monatliche Kurzeinführungen in die Geschichte und das politische System Liechtensteins für die neuen Angestellten der liechtensteinischen Landesverwaltung

Martina Sochin D'Elia ist zudem Vertreterin des Liechtenstein-Instituts beim Arbeitskreis für interregionale Geschichte des mittleren Alpenraums (AIGMA) und Stiftungsrätin beim Liechtensteinischen Landesmuseum.

Die vielen Aspekte einer Einbürgerung

Aufschlussreich Martina Sochin D'Elia erklärte bei ihrem Vortrag im Vereinshaus Gamprin, wie einbürgerungsfreundlich Liechtenstein wirklich ist.

VON BANDI KOECK

Die Forschungsbeauftragte des Liechtenstein-Instituts, Martina Sochin D'Elia, zeichnete entzückend die wesentlichen historischen Entwicklungen im liechtensteinischen Bürgerrecht nach, bevor sie das Hauptanliegen ihrer Ausführungen auf eine mögliche Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft in Liechtenstein lenkte. Fragen zur heutigen Rechtslage in Bezug auf Einbürgerung sowie der Einbindung in europäischen Kontext wurden näher beleuchtet. Auch die Frage, was geschehen würde, wenn Liechtenstein die doppelte Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung in Zukunft zulassen würde, blieb nicht unbeantwortet.

Von 1920 bis 1955 gab es in Liechtenstein eine Reihe von Finanzbürgerungen, so die Referentin, die mit dieser Aussage Bezug auf einen kürzlich in der «Neuen Zürcher Zeitung» veröffentlichten Bericht nahm. Reiche können sich beispielsweise in Malta für 800 000 Franken einen Pass kaufen. Seit 1864 ist die doppelte Staatsbürgerschaft in Liechtenstein verboten. «Die Finanz-Einbürgerungen trugen im Jahr 1933 12,3 Prozent zu den Staatseinnahmen bei», sagte Sochin D'Elia. 1955 entschied der Internationale Gerichtshof, dass dieses erworbene Bürgerrecht ungültig sei. Damals kam auch der Wunsch nach einer Neuanrichtung der Einbürgerungspolitik in Land auf. «Die sogenannte Befragung in der Bevölkerung erhöhte sich auf über 20 Prozent», erklärte die Forschungsbeauftragte. Heute liegt der Ausländeranteil bei über 33 Prozent. In kaum einem anderen Land Europas leben so viele Ausländer wie in Liechtenstein. Die wirtschaftliche Prosperität Liechtensteins und die damit zusammenhängende aktive Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben zum heutigen Ausländeranteil von rund einem Drittel der Wohnbevölkerung geführt. Auf den hohen Ausländeranteil hat Liechtenstein in der Vergangenheit in erster Linie mit Zuwanderungsbeschränkungen und weniger mit einer Liberalisierung der Einbürgerungspolitik reagiert.

Staatenlose Liechtensteinerinnen

Der Punkt, dass Liechtensteinerinnen, die einen Ausländer heiraten, staatenlos sind, fällt 1974. Die historische Entwicklung im Bürgerrecht ging so weit, dass Kinder von liechtensteinischen Müttern ausländische Kinder blieben und in die Geschichte eingingen. Erst die Volksabstimmung 1986, die mit knapp 52 Ja-Stimmen die Möglichkeit der Einbürgerung von ausländischen Kindern vorsah, bewirkte eine Änderung. Erst 1996 fand die bürgerrechtliche Gleichstellung von Mann und Frau statt. «Nun können auch ausländische Männer, die eine Liechtensteinerin heiraten, das zehnjährige Wohnsitzrecht erwerben, wobei die Ehejahre doppelt zählen», so Sochin D'Elia.



«Die Finanz-Einbürgerungen trugen im Jahr 1933 12,3 Prozent zu den Staatseinnahmen bei», sagte Sochin D'Elia, referierte gestern im Vereinshaus Gamprin. (Foto: Paul Tramer)

Die Einbürgerung heute sieht demnach ein erleichtertes, ordentliches Verfahren vor. Dies kann entweder durch Adoption/Legitimation erfolgen oder infolge von Eheschließung respektive 30-jährigen Wohnsitz. «Die Einbürgerungsquote scheint sich seit 2008 bei einem Prozent einzupendeln», wusste die Referentin zu berichten. Zum Vergleich: Diese beträgt in der Schweiz rund 2,6, in Österreich 3 und in Deutschland 1,5 Prozent. «Liechtenstein hat eine relativ tiefe Einbürgerungsquote, was am vorgeschriebenen Verzicht der doppelten Staatsbürgerschaft liegt, da 22 Prozent aller im Land wohnhaften Liechtensteiner Doppelbürger sind.»

Am kommenden Dienstag findet wieder um 18 Uhr in Gamprin der letzte Vortrag der vorliegenden Serie statt.

Auszug aus der Berichterstattung zum Vortrag «Von Aufenthalt bis Einbürgerung» von Martina Sochin D'Elia. Liechtensteiner Volksblatt, 20. November 2013

Abenteuer rasch beendet

Die Zeit nach dem ersten Weltkrieg war in Liechtenstein durch eine massive Wirtschaftskrise geprägt, obwohl das Land nicht direkt in den Krieg verwickelt war. Um die staatlichen Finanzen aufzubessern, liess man sich einiges einfallen.

Mauren. – Das Senioren-Kolleg lud gestern wieder seine Mitglieder und Interessierte zur allwöchentlichen Vorlesung in die Aula der Primarschule Mauren ein. Das Angebot der wöchentlichen Vorlesungen richtet sich bevorzugt an Personen, die sich im Ruhestand die Zeit nehmen können, bestehendes Wissen zu vertiefen oder neues zu erlangen.

Am gestrigen Nachmittag referierte der Historiker Rupert Quaderer vom Liechtenstein Institut über die Briefmarkenaffäre in den Jahren 1920 und 1921. Unter dem provokanten Titel «Wie Liechtenstein zu Millionen kommen könnte» zeigte er die Verstrickungen rund um die marode Staatskasse in der Wirtschaftskrise nach dem ersten Weltkrieg auf. «Dieser Vortrag dient keinem Gegenwartsschlag, sondern hat nur einen rein historischen Charakter», stellte Quaderer klar.

Bewegte Zeiten

Obwohl das Land während des ersten Weltkriegs in keinerlei Kampfhandlungen involviert war, litt es stark unter den Folgen der vier Kriegsjahre in Europa. Wirtschaftliche, soziale und staatspolitische Probleme förderten die Armut im Land. Lebensmittel und wichtige Rohstoffe wie Leder oder Petroleum wurden knapp und die Arbeitslosigkeit stieg an. Einen besonderen Aspekt hatte jedoch der wirtschaftliche Fall von Österreich. Durch die Kriegsniederlage des damaligen Zollunionpartners schütterte dessen Währung, die Krone, in eine massive Hyperinflation und wurde praktisch wertlos. Abgesehen von den Schuldnern, die günstig ihre Kredite begleichen konnten, litten besonders die Sparer darunter. «Ihr Vermögen wurde gegen Schlass der Krise praktisch wertlos», erklärte der Historiker.



Rupert Quaderer: Der Historiker vom Liechtenstein-Institut zeigte auf, wie Liechtenstein nach dem Ersten Weltkrieg durch den Verkauf von Briefmarken an Geld kommen wollte.

Um dem landwirtschaftlich geprägten Kleinstaat neue Geldquellen

zu erschliessen, schlug der Salzburger Gustav von Fiesch den Liechtensteinern den Druck und den Verkauf von Briefmarken vor. Dadurch sollten jährliche Einnahmen von über einer Million Franken generiert werden.

Gab es absichtliche Fehldrucke?

Wilhelm Beck übernahm als Treuhänder die Leitung der Geschäfte, verstrickte sich aber schon nach kurzer Zeit in Probleme, als Geheimverträge

bekannt wurden. So wurde auch vermutet, dass Fehldrucke absichtlich produziert wurden, da sich diese durch ihre Seltenheit zu höheren Preisen verkaufen liessen. Demonstrationen von Regierungstreuen und deren Gegnern vor dem Regierungsgebäude waren die Folge der ausbleibenden Erfolge der Briefmarken und führten letztlich zur Beendigung des Briefmarkenprogramms und zum Wunsch nach einer Zollunion mit der Schweiz. (Rb)

Liechtensteiner Vaterland, 22. Februar 2013



Der Fachbereich Politik war 2013 mit (v.l.) Christian Frommelt, Patricia Hornich, Roman Büsser, Sebastian Wolf und Wilfried Marxer besetzt. Auf dem Bild fehlt Linda Märk-Rohrer.

Die Hauptforschungsprojekte des Fachbereichs Politikwissenschaft sind die direkte Demokratie (Wilfried Marxer), Governance im Kleinstaat (Sebastian Wolf) und die differenzierte europäische Integration (Christian Frommelt). Als Doktorand ist im Berichtsjahr Roman Büsser neu zum Team gestossen. Er untersucht die Themenresonanz in Landtagswahlkämpfen anhand von Inhaltsanalysen der liechtensteinischen Landeszeitungen. Ferner wird der Fachbereich von zwei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen unterstützt: Patricia Hornich leistet wertvolle Dienste im Rahmen von Berichten für europäische Expertennetzwerke, während Linda Märk-Rohrer in der Genderforschung aktiv ist und unter anderem eine Vortragsreihe zum 30-Jahr-Jubiläum der Einführung des Frauenstimmrechts vorbereitet, die im September 2014 stattfindet. Zahlreiche kleinere und grössere Auftragsstudien, Medienanfragen, Einladungen zu Veranstaltungen und Vorträgen etc. fordern grossen zusätzlichen Einsatz. Die Themen gehen dabei weit über den Bereich der Hauptforschungsprojekte hinaus und erstrecken sich auf Aspekte wie Migration und Integration, Rechtsextremismus, Menschenrechte, Medien, Wahlen und Abstimmungen, Regierung und Landtag. Christian Frommelt arbeitete ausserdem an einer Studie im Rahmen einer liechtensteinischen Gefährdungsanalyse, in welcher die Gefahren aus militärischen Konflikten beleuchtet wurden, sowie einem Konzept für ein Sportmonitoring in Liechtenstein.

Direkte Demokratie in Liechtenstein – Entwicklung, Analyse, Perspektiven

Direktdemokratische Entscheidungsverfahren haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in Europa und global deutlich Aufschwung bekommen. Liechtenstein kann dabei auf eine bald hundertjährige Tradition zurückblicken und rangiert bezüglich direkter Demokratie im internationalen

Vergleich weit oben. Ziel des Projektes ist es, die institutionelle Einbettung der direktdemokratischen Instrumente sowie deren Anwendung seit dem Ende des Ersten Weltkriegs bis in die Gegenwart aufzuarbeiten. Dabei interessiert der Instrumenteneinsatz ebenso wie die Abstimmungsthemen, die Akteurskonstellationen, die Abstimmungsverläufe, die Abstimmungskommunikation, Stimmbeteiligung, Resultate, Erfolge und Wirkungen.

Im Verlaufe der Projektstätigkeit sind zahlreiche Beiträge zu Einzelaspekten der direkten Demokratie in Liechtenstein erschienen, die im Kontext von Konferenzen, Sammelbänden u.a. entstanden sind. Es konnte auch ein breites Netzwerk mit zahlreichen Forschenden aus anderen Ländern aufgebaut werden.

Durch die Doppelbelastung als Forscher und Direktor des Instituts verzögert sich die Fertigstellung der Monografie mit den zentralen Forschungsergebnissen bis zum Jahr 2015. Ins Jahr 2013 fiel zum Thema direkte Demokratie auch die aktive Teilnahme an der Demokratiekonferenz in Vaduz am 10. und 11. Oktober 2013 sowie die Vorbereitung einer Vortragsreihe im Liechtenstein-Institut im Februar 2014.

Wilfried Marxer

Governance im Kleinstaat – Eine vergleichende Analyse gesetzgeberischer Prozesse in Liechtenstein

Das Forschungsprojekt untersucht mit deskriptiv-analytischen, theoretischen und normativen Zielsetzungen Governance-Formen in kleinstaatlichen Gesetzgebungsprozessen am Beispiel Liechtensteins. Wichtige Forschungsfragen lauten:

1. Wie laufen reale Gesetzgebungsprozesse im politischen System Liechtensteins ab? Wer sind hierbei – gegebenenfalls unter welchen Bedingungen – die wichtigsten Akteure? Wie lässt sich das Zusammenspiel dieser Akteure mit Typologien der Governance-Forschung beschreiben und analysieren?
2. Wie wirkt sich Kleinheit auf Governance-Formen aus? Welche entsprechenden Annahmen lassen sich aus der Kleinstaatentheorie ableiten? Inwieweit treffen diese Hypothesen im Falle Liechtensteins zu? Können aus der empirischen Analyse abweichende oder ergänzende generalisierbare Folgerungen für Regelungsstrukturen und kollektive Entscheidungsprozesse in sehr kleinen politischen Systemen gezogen werden? Bestehen strukturelle Unterschiede zu grossen Staaten?
3. Wie sind die Prozesse der Schaffung kollektiv verbindlicher Normen in Liechtenstein aus demokratietheoretischer Perspektive zu bewerten? Woher können sinnvolle Kriterien für eine diesbezügliche normative Analyse gewonnen werden? Welche institutionellen Reformvorschläge sind im Falle identifizierbarer Defizite zu entwickeln?

In diesen drei Fragenbündeln werden bereits die anvisierten Forschungsziele angesprochen. Das Projekt soll

1. Wissen über reale politische Entscheidungsprozesse und Regelungsstrukturen im Kleinstaat Liechtenstein generieren (deskriptiv-analytisches Ziel);
2. Hypothesen über Governance-Formen in kleinen politischen Systemen (weiter-)entwickeln und damit zur Governance- und Kleinstaatentheorie beitragen (theoretisches Ziel);
3. die Verfassungswirklichkeit in Liechtenstein im Hinblick auf Gesetzgebungsverfahren bewerten und gegebenenfalls Reformoptionen aufzeigen (normatives/policy-orientiertes Ziel).

Im Jahr 2013 wurde erneut kleinstaatentheoretische Literatur recherchiert und ausgewertet. Zudem wurde vorwiegend zum theoretischen Rahmen des Forschungsprojekts gearbeitet. Das im Frühjahr 2013 erschienene LI-Arbeitspapier Nr. 42 formuliert kleinstaatentheoretische Überlegungen, die in Verbindung mit noch zu erarbeitenden governancetheoretischen Konzeptionalisierungen den theoretischen Teil der Abschlussmonografie ausmachen sollen. Ausserdem wurde

eine fragebogenbasierte Befragung von Regierungsmitgliedern und führenden Verwaltungsmitarbeitern durchgeführt, bei der unter anderem nach dem politischen Einfluss verschiedener Akteure und der Bedeutung unterschiedlicher Governance-Modi im Kontext ausgewählter Gesetzgebungsverfahren gefragt wurde. Für das Jahr 2014 ist eine ähnliche Befragung nichtstaatlicher Akteure geplant, ausserdem sollen einige Experteninterviews stattfinden. Anvisiert ist auch eine projektbezogene Auswertung des Datensatzes zu den Landtagsabstimmungen. Die Befassung mit der liechtensteinischen Regierungs- und Verwaltungsreform als Fallstudie führte bislang zu zwei Aufsätzen in Fachzeitschriften und soll weiterverfolgt werden.

Im letzten Quartal 2013 erstellte der Projektbearbeiter für die Demokratiekonferenz in Vaduz eine Studie über eGovernance und insbesondere elektronische Demokratie in Liechtenstein.

Sebastian Wolf

30 Jahre Frauenstimmrecht: Frauen und Politik

Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des Frauenstimmrechts in Liechtenstein plant das Liechtenstein-Institut eine Vortragsreihe zum Thema «Frauen und Politik». Dabei soll die politische Situation der Frauen in Liechtenstein aus unterschiedlicher Perspektive beleuchtet werden. Zunächst anhand eines Blickes in die Vergangenheit, indem die Einführung des Frauenstimmrechtes und der lange Weg dorthin aufgezeigt werden. 30 Jahre später ist eine rechtliche Gleichstellung zwar erreicht, auf politischer, aber auch auf gesellschaftlicher Ebene gibt es aber nach wie vor grosse Ungleichheiten zwischen den beiden Geschlechtern. Seit der Einführung des Frauenstimmrechtes wurden zahlreiche Massnahmen, Aktionen und Aktivitäten zur Förderung von Frauen in der Politik durchgeführt. In diesem Themenbereich wurde mittels eines Arbeitspapiers untersucht, welche Rolle die Parteien im Bereich der Frauenförderung in der Politik in Liechtenstein spielen. Im Rahmen der Vortragsreihe sollen diese nichtstaatlichen Förderungsmassnahmen mit denjenigen des Staates anhand eines Co-Referates verglichen und gegenübergestellt werden.

Da Frauen in fast allen Ländern der Welt weniger an Politik teilnehmen als Männer, stellt sich die Aufgabe der politischen Frauenförderung auch andernorts. Ein internationaler Vergleich mit einem anderen Land soll aufzeigen, wie Liechtenstein verortet werden kann, was die Besonderheiten Liechtensteins sind und was man allenfalls von anderen Ländern lernen kann. Passend zum Jubiläum des Frauenstimmrechtes erhält Liechtenstein einen Sitz im Exekutivrat von «UN Women». Auch dieses Engagement soll in die Vortragsreihe eingebaut werden, um zu zeigen, was auf der internationalen Ebene für die politische Frauenförderung getan wird und wie sich Liechtenstein darin einordnen lässt.

Im Juni 2013 wurde die Tätigkeit am Projekt «30 Jahre Frauenstimmrecht: Frauen und Politik» mit einem Pensum von 40 % aufgenommen. Dabei wurden insbesondere die Vortragsreihe vorbereitet und ein vertiefendes Arbeitspapier über die Frauen und die politischen Parteien in Liechtenstein ausgearbeitet, welches an der Vortragsreihe vorgestellt wird. Das Papier basiert auf einer Literaturrecherche und Experteninterviews mit den Frauenvertreterinnen der etablierten Parteien Liechtensteins. Erste Literaturrecherchen bezüglich eines weiterführenden Projektes im Themenbereich der Gleichstellung von Mann und Frau wurden ebenfalls unternommen.

Linda Märk-Rohrer

Die Beziehungen zwischen den EFTA-Staaten und der EU: Immer enger – immer loser?

Europäisierung: Unter dem Begriff «Europäisierung» werden die Auswirkungen des europäischen Integrationsprozesses auf die innerstaatlichen Prozesse subsumiert. Im Zentrum des Forschungsprojekts stehen dabei die Auswirkungen der EWR- und Schengen-Mitgliedschaft Liechtensteins auf dessen Rechtsordnung, Parlamentsarbeit, Verwaltung und Wirtschaft. Wie und in welchem Umfang beeinflussen europäische Vorgaben das Handeln innerstaatlicher Politikakteure? Wie

hoch ist die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit Liechtensteins von Europa? Welche Spielräume nationaler Regulierung bleiben bestehen? Und welche Konsequenzen hat dies auf die Legitimität des nationalen Politiksystems?

Der zweite Teil des Forschungsprojekts thematisiert die wichtigsten Integrations Szenarien Liechtensteins. Dabei werden in einem ersten Schritt die zentralen Bestimmungsfaktoren für die zukünftige Gestaltung der liechtensteinischen Integrationspolitik isoliert. Anschliessend werden aufgrund dieser Bestimmungsfaktoren konkrete Modelle für die Zukunft Liechtensteins in Europa entworfen. Im Zentrum steht die Frage, wie Liechtensteins Interessen in das Policy-Making der EU eingebracht werden können und in welchen Politikfeldern weitere Integrations Schritte möglich sind.

Differenzierte Integration: Die Dissertation vergleicht die Integrationskonzepte der EFTA-Staaten Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz sowie der europäischen Mikrostaaten Andorra, Monaco und San Marino. In einem ersten Schritt wird die Effektivität der bestehenden Integrationsregime betrachtet. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem EWR, welcher sowohl mit Blick auf die erfassten Politikbereiche als auch auf die institutionelle Zusammenarbeit die am weitesten reichende Form differenzierter Integration darstellt. Wie gut funktioniert der EWR? Konnte das Ziel eines dynamischen und homogenen Wirtschaftsraums erreicht werden? Welche Faktoren haben welchen Einfluss auf das Erreichen dieser Zielsetzung? Und wie verhält sich der heutige EWR zum ursprünglichen Integrationsmandat der EWR/EFTA-Staaten? Die Dissertation basiert auf einem umfassenden Datensatz, welcher alle Abkommen zwischen der EU und den EWR/EFTA-Staaten inklusive des betreffenden EU-Sekundärrechts abdeckt.

Datenauswertung und -präsentation

Im Jahr 2013 wurden die im Rahmen des Forschungsprojekts erhobenen Daten über das EWR-Recht ausgewertet und anlässlich verschiedener Vorträge präsentiert. Neben der konkreten Arbeit am Forschungsprojekt erfolgten verschiedene Vorträge zu aussen- und innenpolitischen Themen.

Christian Frommelt

Themenresonanz im Wahlkampf. Eine leitmedienorientierte Analyse der liechtensteinischen Landtagswahlkämpfe von 1982 bis 2013.

Im Rahmen einer Dissertation unter der Leitung von Prof. Dr. Otfried Jarren, Universität Zürich, wird anhand einer quantitativen Inhaltsanalyse der beiden Tageszeitungen «Liechtensteiner Volksblatt» und «Liechtensteiner Vaterland» die Themenresonanz in den Landtagswahlkämpfen von 1982 bis 2013 untersucht. Der theoretische Bezugsrahmen bildet das Modell des Agenda-Settings. Die zentrale Annahme der Agenda-Setting-Theorie besteht darin, dass die Massenmedien bestimmen, welche Themen öffentliche Aufmerksamkeit erlangen und welche politische Priorität ihnen zugeschrieben wird. Für die politischen Akteure ist es somit von wesentlicher Bedeutung, die politischen Ziele ihres Wahlprogramms in den Leitmedien thematisiert zu sehen. Aufgrund der politischen Nähe der FBP zum «Liechtensteiner Volksblatt» und der VU zum «Liechtensteiner Vaterland» geniessen die zwei Grossparteien Vorteile im Agenda-Setting-Prozess. Daher muss die Besonderheit der ausgesprochen engen Verzahnung der Leitmedien mit den beiden Grossparteien berücksichtigt werden. Die Zeitungsteile «redaktionelle Berichterstattung», «Pressemittelungen», «Kommentar» und «Leserbriefe» werden demzufolge einzeln erhoben und ausgewertet. Darüber hinaus wird der Wandel der Medien- und Parteienstruktur Liechtensteins in den letzten dreissig Jahren in die Analyse miteinfließen. Die Studie wird einen Beitrag zu der Agenda-Setting-Forschung leisten und einen weiteren Baustein zur Entwicklung einer breiteren Wahlforschung in Liechtenstein legen.

Roman Büsser

Weitere Tätigkeiten der Forschungsbeauftragten im Fachbereich Politikwissenschaft

Referate, Lehrtätigkeit, wissenschaftliche Kontakte

Wilfried Marxer

Kommentator an der Wahlberichterstattung von Radio Liechtenstein zu den Landtagswahlen vom 3. Februar (3.2.2013)

Vortrag bei Rotary Vaduz über die Landtagswahlen vom 3. Februar (5.2.2013)

Vortrag vor der Gleichstellungskommission zum Wahlabschneiden der Frauen bei den Landtagswahlen (14.3.2013)

Vortrag beim FBP-Präsidium zur Analyse der Landtagswahlen (15.4.2013)

Politiklehrgang für Frauen in Feldkirch (27.4.2013)

Vortrag beim VU-Präsidium zur Analyse der Landtagswahlen (6.5.2013)

Vortrag/Workshop in der Schule Formatio zu Fragen der Migration (14.5.2013)

Vortrag bei der GV der Freien Liste zur Analyse der Landtagswahlen (17.5.2013)

Vortrag bei der FMA, Einführung in das politische System Liechtensteins (12.9.2013)

Demokratiekonferenz in Vaduz. Vortrag und Workshopleitungen (10./11.10.2013)

Vortrag zu Frauen in der Politik/Wahlanalyse betreffend Frauen, organisiert von der Stabsstelle für Chancengleichheit in Bendern (28.10.2013)

Workshop mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr im Liechtenstein-Institut (20.11.2013)

Wilfried Marxer ist zudem Mitglied in folgenden Expertennetzwerken:

- «EU Socio-Economic Sciences and Humanities Programme Committee»
- «EU Network of Independent Experts on Social Inclusion» (22. Februar und 11./12. Juli 2013: Workshops/Meetings des Netzwerks in Brüssel beziehungsweise Nicosia/Zypern)
- «European Network of Legal Experts in the Non-Discrimination Field» (28./29. November 2013: Workshop/Meeting der Expertengruppe in Brüssel)
- Expertennetzwerk «Congress of Local and Regional Authorities» (19./20. September 2013: Workshop/Jahresversammlung in Strassburg)
- «VOX Advisory Board» (Umfrageprojekt im Kontext von Volksabstimmungen in der Schweiz in Kooperation verschiedener schweizerischer Universitäten und gfs.bern/Claude Longchamps)
- «Academic Network of Experts in the Field of Disability, ANED» (11./12. November 2013: Workshop/Meeting des Netzwerks in Brüssel)
- Mitglied im Beirat der parteiunabhängigen Initiative «mehr demokratie!» in Österreich

Mitherausgeber der Reihe «Direct Democracy in Modern Europe» im VS Verlag für Sozialwissenschaften, gemeinsam mit Bruno Kaufmann, Dr. Zoltán Tibor Pállinger und Prof. Theo Schiller

Sebastian Wolf

Vortrag «eDemocracy in Liechtenstein. Stand und Perspektiven» im Rahmen der Demokratiekonferenz in Vaduz (11.10.2013)

Vortrag «Rechtsetzung im Kleinstaat zwischen weitreichender Fremdbestimmung und direkter Partizipation» auf der Tagung «Auf dem Weg zum anomischen Recht?» in Hamburg (16.11.2013)

Lehrbeauftragter an der Universität Liechtenstein im Sommersemester 2013, Seminar «Politik und Wirtschaft» (zusammen mit Christian Frommelt)

Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Privatdozent) in Teilzeit an der Universität Konstanz

Ehrenamtliche Tätigkeit: Co-Koordinator des wissenschaftlichen Arbeitskreises und Mitglied des Führungskreises von Transparency International Deutschland

Christian Frommelt

ECTS-Kurs «Politik und Wirtschaft» im Bachelorlehrgang Betriebswirtschaft an der Universität Liechtenstein, Vaduz (März bis Juni 2013)

Kurzeinführung in das politische System Liechtensteins für neue Angestellte der liechtensteinischen Landesverwaltung (in Stellvertretung für Martina Sochin D'Elia) (Mai 2013)

5 Abendvorträge über Politikwissenschaft im Rahmen des Kurses «Grundwissen» in der Erwachsenenbildung Stein-Egerta, Schaan (Nov./Dez. 2013)



Selbstbild der 187th Veranstaltung der Vortragsreihe über den liechtensteinischen Landtag (Foto: Hans-Joachim Frommelt). Ein Foto stand auch im Fotobuch des Landes mit dem Landtagspräsidenten Manfred Balmori (FDP), Hans Konrad Bergelme (FL), Judith Öhrli (VU) und Harry Gauderer (GL) auf dem Programm (das Foto zeigt auch).

Probleme des Landtags erläutert

Debatte Die vierte und letzte Veranstaltung der Vortragsreihe «Landtag – Schwatzbude, Volksvertretung, Machttäger» des Liechtenstein-Instituts befasste sich mit Reformvorschlägen für die Landtagsarbeit.

In einem Podiumsgespräch diskutierten im Vorwettbewerb Sandra Vetterli der Politik und der Wissenschaft über Reformvorschläge für die Landtagsarbeit und deren Umsetzung. Christian Frommelt, Direktor des Liechtenstein-Instituts, begrüßte hierzu die Podiumsteilnehmer Manfred Balmori (FDP), Judith Öhrli (VU), Helen Koenig (Bürger GL), Harry Gauderer (GL) sowie die beiden aus Liechtenstein im Ausland tätigen Politikerinnen Christian Frommelt und Schanna Wildi.

Frommelt inspiriert
In seinem einleitenden Impulsbeitrag betonte Frommelt Aspekte der Landtagsarbeit auf, die im Hinblick auf Reformvorschläge näher zu betrachten sind, und die in der anschließenden Diskussion auch zentraler Gesprächsstoff blieben. Im Zentrum stehen und stehen die Fragen: Welche Instrumente stehen dem Landtag zur Verfügung? Wie werden diese genutzt? Inwieweit werden Strukturen erfüllt? Die Landtagsarbeit und wie zweckmäßig sind diese? Wie steht es um die Beziehungen von Landtag zur Regierung, zu den Parteien und zum

Volk und was wäre da Verbesserungswürdig?
Zu Frommelt's Forderung, dass die Landtagspräsidenten während der vorangegangenen Mandatsperiode insgesamt 1000 kleine Anfragen (kleine Anfragen) eingereicht haben gegenüber jährlich 20 Postulaten (sonst nicht die Landtagspräsidenten) dahingehend, dass das parlamentarische Instrument der kleinen Anfrage relativ sparsam und mit geringem Aufwand eingesetzt werden könne, wurden beispielsweise das Einbringen eines Postulates oder einer kleinen Anfrage (Kleinanfrage) und auch formale Kontakte vorzuziehen, die dem Milliparlament nur in hochgradigsten Ausnahmefällen zuzugewiesen werden.

Milliparlament wurde beauftragt
Darauf wurde die Frage im Raum, ob das Milliparlament nicht gegenüber dem Landtag eine Beratungsinstanz sein sollte, im Hinblick auf die Durchführung eines Postulates oder einer kleinen Anfrage. Aber alle Teilnehmer waren sich weitgehend einig, dass dem Landtag ein Gutachten (GL), der zu dem einzelnen Regierungsvorhaben Begut-

achtungen erstellt oder parlamentarische Vorstufen vorbereitet, (da die einzelnen Abgeordneten gewisse Beratungsleistungen erbringen). Ob dieser Überbau zu dem Ausbau der Parlamentarier, mit der Veränderung der Konstellation der Regierung oder mit der Einführung der Regierung über das neue geschaffene Geschäftsvorkommensgesetz erfolgen kann und soll, bleibt offen.

Im Unterschied zum Landtag verfügt die Exekutive etwa mit ihrem Rechtsdienst und auch mit dem öffentlichen Anwaltschaftsamt über diese Überbau und hat ebenfalls für interne Beratungen und Experten im vergangenen Jahr fünf Millionen Franken ausgegeben. Beim Landtag wurden hierfür rund 50 000 Franken gezahlt. Hier ist es zudem die Bereitstellung von Informationen durch die Regierung während der vergangenen vier Jahre sehr fragwürdig, verblühte teilweise die Parlamentarier, dass habe zum Erlasse des Geschäftsvorkommensgesetzes geführt.

Wie sah es der Landtag beim Volk? Im Zusammenhang mit dieser Frage waren die Parteien, deren Finanzierung und die Rolle als Parlamentarier

er Thema. Die Parteienfinanzierung wird grundsätzlich beibehalten. Verbesserung wird bei der Transparenz über die privaten Spenden gesehen. Es müsste offengelegt und eventuell gecheckt werden, wie viel von den einzelnen Parteien für Wahlwerbung ausgeben wird und wie die Finanzierung.

Oppositionisten vorhanden
In Bezug auf die Volksliste setzte sich auf dem Podium die Erkenntnis durch, dass der Gebrauch von Facebook und Twitter das Gespräch mit den Bürgern nicht ersetzt. Bei den Gruppenarbeiten wurden zwar diverse Begegnungsplattformen geprüft, doch diese Gebiete seien nicht mehr zugänglich. Sie sprachen über die Veranstaltung einer Parteipolitik und weniger dem Hören von Meinungen der Bürger. Vor allem die Kleinteilnehmer setzen hier auf mehr angelegte Veranstaltungen zu gemeinsamen Themen.

Aus dem Podium wurde abschließend bekräftigt, dass Abgeordnete auch übergründliche Interessen zu vertreten haben, die dem Landesherrn dienen, dem Staatlichen aber zum Nachteil gereichen können. (GL)

Berichterstattung im Liechtensteiner Volksblatt vom 22.3.2013 zu einer Veranstaltung im Rahmen der Vortragsreihe «Landtag – Schwatzbude, Volksvertretung, Machttäger?»



*Im Fachbereich
Recht tätig: (v.l.)
Herbert Wille,
Patricia Schiess und
Peter Bussjäger*

Herbert Wille beschäftigt sich in seinem Forschungsprojekt mit Organisation und Zuständigkeit der obersten Staatsorgane im liechtensteinischen Staatsrecht. Mit der Beendigung des Projektes wird Ende 2014 gerechnet.

Seit 1. Januar 2013 arbeitet PD Peter Bussjäger als Forschungsbeauftragter im Liechtenstein-Institut. Er betreut gemeinsam mit PD Patricia Schiess, die seit 1. Juli 2013 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Liechtenstein-Institut tätig ist, das Projekt «Verfassungskommentar».

Darüber hinaus hat Peter Bussjäger diverse Expertisen erstattet, beispielsweise für den Staatsgerichtshof den Landesbericht Liechtenstein für die Konferenz der europäischen Verfassungsgerichte vom 12. bis 14. Mai 2014 in Wien.

Organisation und Zuständigkeit der obersten Staatsorgane im liechtensteinischen Staatsrecht

Das Forschungsprojekt beschäftigt sich mit dem Aufbau und der Tätigkeit der obersten Staatsorgane, so unter anderem mit der Bildung und den Kompetenzen, den Verfahren politischer Willensbildung und der Rechtsetzung. Bei den obersten oder staatsleitenden Organen handelt es sich um die Organe, die im Schrifttum als Verfassungsorgane bezeichnet werden.

Die geltende Verfassung 1921 hat wie jede andere Verfassung eine Vorgeschichte. Sie ist das Ergebnis eines geschichtlichen Prozesses. Der enge Zusammenhang zwischen Verfassungsgeschichte und geltender Staats- und Verfassungsordnung bestimmt den methodischen Blickwinkel der Untersuchung.

Der Darstellung der Organisation und Zuständigkeit der obersten Staatsorgane auf Grund der geltenden Verfassungslage im zweiten Teil geht ein verfassungsrechtsgeschichtlicher erster Teil voraus, der den Ausgangspunkt und den Unterbau des Forschungsprojektes bildet. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Fortentwicklung der Grundstrukturen der konstitutionellen Monarchie von 1862. In einem Vergleich mit ihr zeigt sich, dass der Staatsaufbau in der Verfassung 1921 ebenfalls dualistisch angelegt ist. Das Verhältnis zwischen Fürst und Volk bzw. die Stellung von Fürst und Volk hat sich aber geändert, da die Verfassung 1921 in Art. 2 mit dem herkömmlichen

monarchischen Prinzip bricht, indem sie die Staatsgewalt im Fürsten und im Volke verankert. Die daran anknüpfenden verfassungsrechtlichen Fragen zur Wesensart des liechtensteinischen Staates, die auch das Staatsverständnis umfassen, sind bis heute nicht ausreichend geklärt, so dass sich eine entsprechende Thematisierung und Aufarbeitung aufdrängen.

Die Untersuchung der Organisation und Zuständigkeit der obersten Staatsorgane im geltenden Verfassungssystem konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden, sodass mit der Überarbeitung des Manuskripts begonnen werden konnte.

Herbert Wille

Verfassungskommentar

Das Projekt beinhaltet eine wissenschaftlich fundierte, Rechtsprechung und Literatur gleichermaßen umfassend darstellende Kommentierung der liechtensteinischen Verfassung. Gleichzeitig wurde ein Begleitgremium etabliert, in dem liechtensteinische sowie österreichische und schweizerische Experten des Verfassungsrechts den Fortgang des Projektes kritisch mitverfolgen. Das Begleitgremium hat im abgelaufenen Jahr zweimal getagt.

Es ist geplant, die Projektergebnisse zunächst im Rahmen eines Online-Kommentars zu veröffentlichen. Auch dazu wurden 2013 erste Schritte gesetzt und Angebote interessierter Unternehmen eingeholt.

Der Forschungsbereich Recht war in Person von Peter Bussjäger aktiv an der Vorbereitung der Demokratiekonferenz am 10./11. Oktober 2013 in Vaduz (Organisation durch die Regierung des Fürstentums Liechtenstein in Kooperation mit dem Bundeskanzleramt/Wien und der Staatskanzlei des Kantons Aargau) beteiligt.

Peter Bussjäger war bei der Herausgabe der Festschrift für Herbert Wille «Beiträge zum liechtensteinischen Recht aus nationaler und internationaler Perspektive» unterstützend tätig und hat darüber hinaus einen Beitrag für das Werk verfasst.

Peter Bussjäger

Weitere Tätigkeiten der Rechtswissenschaftler

Referate, Lehrtätigkeit, wissenschaftliche Kontakte

Peter Bussjäger

Vortrag im Rahmen der Demokratiekonferenz in Vaduz (10./11.10.2013)

Teilnahme an der Spring Conference des EFTA-Gerichtshofes in Luxemburg (21.6.2013)

Peter Bussjäger ist Universitätsdozent für Verfassungs-, Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre an der Universität Innsbruck. Er leitet weiters das Institut für Föderalismus in Innsbruck.

Patricia Schiess

«Doping. Im Sport verboten. Und im Schulzimmer?», Vortrag an der Privaten Universität im Fürstentum Liechtenstein UFL im Rahmen des «Tags der offenen Fabrikstüren» (21.9.2013)

«Das Streikrecht – ein Industriedenkmal in der Bundesverfassung 2000?», Referat an der Universität Zürich im Rahmen der interdisziplinären Ringvorlesung der Privatdozierenden der Universität Zürich zum Thema «Arbeit» (27.11.2013)

Lehrtätigkeit als Privatdozentin an der Universität Zürich



*Andreas Brunhart,
Forschungsbeauftragter im Fach-
bereich Wirtschaft*

Der Fachbereich Wirtschaft war im Jahr 2013 mit Andreas Brunhart besetzt. Er richtet seine Forschungstätigkeit auf zwei Themenfelder aus: Europäische Kleinstaaten im internationalen, ökonomischen Spannungsfeld sowie Liechtensteins öffentliche Finanzen. Neben diesen Forschungsaufgaben ergeben sich auch Verknüpfungen zu anderen Forschungsbereichen des Liechtenstein-Instituts. Im Hinblick auf eine stärker interdisziplinär ausgerichtete Zusammenarbeit ist die Aktivierung des Fachbereichs Wirtschaft am Liechtenstein-Institut ein deutlicher Gewinn. Ein weiterer Ausbau des Fachbereichs ist wünschenswert.

Europäische Kleinstaaten im internationalen, ökonomischen Spannungsfeld

In Fortführung der bisherigen auf Liechtenstein bezogenen Forschung wird in diesem laufenden Projekt der Fokus auf Liechtenstein im internationalen Kontext gerichtet, indem andere Kleinstaaten Europas in die Forschungsfragen integriert werden. Dabei sind wirtschaftliche, institutionelle und politische Unterschiede (respektive Eigenheiten) von analytischem Interesse. In diesem Zusammenhang sind die Auswirkungen der Finanz- und Schuldenkrise von besonderer Relevanz: Volkswirtschaftliche Effekte (BIP, Aussenhandel, Arbeitslosenquote etc.), Entwicklung der Staatsfinanzen, Verwundbarkeit bei externen Schocks (kleine Binnenwirtschaft, tiefe Risikodiversifizierung, sektorale Segmentierung), Kleinheitsspezifische Probleme, staatliche Interventionen, wirtschaftspolitische Impulse, Reformprozesse, Strukturanpassungen der Volkswirtschaft. Neben den Gemeinsamkeiten und Differenzen unter den Kleinstaaten interessieren auch spezifische Unterschiede zu grösseren Staaten, nicht nur im Hinblick auf die genannten Aspekte, sondern auch in konjunktur- und wachstumsanalytischer Hinsicht.

Stand: Für die eigentlichen thematischen Aufgabenstellungen wurde bereits einiges an Datenmaterial zusammengetragen sowie relevante Literatur gesichtet, studiert und bearbeitet. Ein erstes (spezialisiertes) Papier, welches unter anderem Wachstum und Konjunktur der Kleinstvolkswirtschaft Liechtenstein mit den grösseren, deutschsprachigen Nachbarn Schweiz, Österreich und Deutschland vergleicht, wurde im Oktober 2013 als Arbeitspapier Nr. 44 veröffentlicht und ein Gastkommentar entstand dazu im «Wirtschaft Regional». Einige dieser Methoden können zu einem späteren Zeitpunkt in weiterführenden Analysen/Papieren dann auch auf den allgemeinen

Fall Kleinstaat/Grossstaat übertragen werden. Ein weiteres (englisches) Papier, welches den konjunkturellen Vorlauf der Kleinstvolkswirtschaft Liechtenstein gegenüber der Schweiz gesondert behandelt, ist bereits in der Entstehung begriffen. Ebenso finden bereits Vorarbeiten zu einem weiteren empirischen Papier statt, welches mit einer weltweiten Sample untersuchen soll, welche Determinanten eine überwiegende Rolle gespielt haben, wie stark ein Land von der Finanzkrise getroffen wurde. Einer der dabei modellierten Einflussfaktoren ist die Staatsgrösse, deren Einfluss im Lichte dieses hier dargestellten Forschungsprojektes speziell interessiert. Zudem wurden auch kleinstaatökonomische Erhebungen und Analysen mit speziellem vergleichendem Fokus auf die volkswirtschaftliche Situation der europäischen Kleinstaaten vor und nach der Finanzkrise begonnen, welche dann mittelfristig auch in eine eigene Publikation münden sollen.

Andreas Brunhart

Liechtensteins öffentliche Finanzen: Eine strukturell-analytische Betrachtung der Haushalte von Land, Gemeinden und Sozialversicherungen

In diesem Forschungsvorhaben sollen umfassende Analysen der öffentlichen Finanzen Liechtensteins durchgeführt werden. Im Lichte der aktuell diskutierten öffentlichen Sparanstrengungen werden auch folgende Instrumente beleuchtet, deren relevante Aspekte untersucht und mögliche Vor- und Nachteile diskutiert: Reform der Finanzdeckwerte, bindende «Defizitbremse», stärkere Finanzkontrolle oder ein weiter gefasster Rechnungshof.

Im Kontext dazu werden auch die öffentlichen Haushalte analysiert. Neben der Trennung der strukturellen Komponente von konjunkturellen und irregulären Einflüssen auf die verschiedenen Einnahmen- und Ausgaben-Positionen der öffentlichen Finanzen werden darauf aufbauend die konjunkturellen Elastizitäten und Zyklizitäten dieser Positionen berechnet. Auch die Persistenz von Schocks (wie z. B. der Finanzkrise) wird zeitreihenanalytisch modelliert.

In diesem Untersuchungszusammenhang stehen vor allem das strukturelle Defizit und die Frage der nachhaltigen Finanzierung der öffentlichen Haushalte im Zentrum des Interesses, wobei darüber hinaus exogene Determinanten (z. B. die internationale Wirtschaftskrise) und endogene Einflussfaktoren (Wachstumsschwäche der liechtensteinischen Volkswirtschaft, Reform am Finanzplatz, Steuerreform, politische Sparanstrengungen) explizit in die Analyse miteinbezogen werden. Die Berechnungen und ökonomischen Schätzungen werden sowohl für die Finanzen des Staates wie auch jene der Gemeinden und der Sozialversicherungen angewandt.

Zur Untersuchung der genannten Fragestellungen werden eine Datenbank erstellt (so weit wie möglich zurück, ohne Strukturbrüche und auch inflationsbereinigt) und zudem verschiedene Staatsquoten ermittelt. In dieser Datenbank werden die Sozialversicherungen und die Gemeinden ebenfalls berücksichtigt. Zudem sollen Gründe für die beobachteten Entwicklungen, auch unter Verwendung bereits vorhandener Literatur, identifiziert werden.

Stand: Begleitend zum Studium von für das Thema wichtiger Literatur wurden die wichtigsten Datenbasen gesichtet und zusammengetragen. Auch die Aneignung der wichtigsten Techniken der analytischen und statistischen Methoden ist bereits erfolgt, von denen einige auch schon ihre Anwendung fanden. Die wichtigsten Zeitreihen sind fast fertig erhoben (Einnahmen und Ausgaben von Land, Gemeinden, Sozialversicherungen) und statistisch aufbereitet worden. Zudem konnte durch die detaillierte Erfassung und vorgenommene «Umbuchung» der älteren Landesrechnungen gemäss der neuen Systematik (ab 1993) ein für die langfristige Analyse gravierender Strukturbruch erstmals beseitigt werden. Erste analytische Eindrücke konnten bereits gewonnen werden (einige davon fanden auch bereits ihren Niederschlag in einem Interview mit dem «Weiss-Magazin»).

Durch die erfolgte Streichung der staatlichen Mittel für die Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein wird sich die BIP-Datenlage in Liechtenstein wohl verschlechtern, da es dann voraussichtlich keine BIP-Prognose mehr geben wird (und auch keine Füllung der BIP-Datenlücke am aktuellen Rand, welche durch die späte offizielle Publikation des BIP verursacht wird). Dies ist in Bezug auf das hier vorgestellte Projekt dahingehend bedauerlich, dass dadurch eine adäquate Durchführung verschiedener vorhin genannter und im Zuge des Forschungsprojekts zu entwickelnder Instrumente der Finanzkontrolle und -planung verunmöglicht würden. Deshalb wurde, auch in Rücksprache mit dem Wissenschaftlichen Rat des Liechtenstein-Instituts, beschlossen, das ebenfalls von Andreas Brunhart bearbeitete Forschungsprojekt «Europäische Kleinstaaten im internationalen ökonomischen Spannungsfeld» etwas stärker zu gewichten. Die zukünftige Entwicklung in Bezug auf eine eventuell erfolgende alternative Finanzierung der BIP-Prognose der KOFL und der Schnellschätzung am aktuellen Rand wird abzuwarten sein. Eine Analyse der öffentlichen Finanzen Liechtensteins (historische Analyse der öffentlichen Haushalte, Bereinigung konjunktureller Einflüsse, strukturelles Defizit/Nachhaltigkeit, Einflussfaktoren etc.) ist aber weiterhin geplant.

Andreas Brunhart

Weitere Tätigkeiten des Forschungsbeauftragten im Fachbereich Wirtschaft

Referate, Lehrtätigkeit, wissenschaftliche Kontakte

Andreas Brunhart

Vortrag der Methodik und Resultate der Rückschätzungen des liechtensteinischen BIP (1997–1972) und Volkseinkommens (1997–1954) beim Amt für Statistik, welche anschliessend in das Statistische Jahrbuch aufgenommen wurden (24.1.2013)

Teilnahme am STATA-Kurs der ECPR Winter School in Methods and Techniques an der Universität Wien (17.–22.2.2013)

Verteidigung der Dissertation (PhD in Economics) mit dem Titel «Economic Growth and Business Cycles in Liechtenstein – Econometric Investigations Considering the Past, Present, and Future» an der Universität Wien [Hauptbetreuer Prof. Robert Kunst (Universität Wien), Co-Betreuer Prof. Carsten-Henning Schlag (Universität Liechtenstein), externer Gutachter Prof. Michael Hauser (Wirtschaftsuniversität Wien)] (15.3.2013)

Teilnahme am ifo-Workshop «Makroökonomie und Konjunktur» am ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in Dresden (21.–22.11.2013)

Präsentation einer erarbeiteten Methodik zur Schnellschätzung des liechtensteinischen Bruttonationaleinkommens beim Amt für Statistik (28.11.2013)

Verantwortlicher für die jährliche Schnellschätzung des liechtensteinischen Bruttonationaleinkommens (Projekt des Liechtenstein-Instituts im Auftrag des Amts für Statistik)

Wissenschaftlicher Projektmitarbeiter der Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein an der Universität Liechtenstein auf Teilzeitbasis (seit 2005)

Lehrbeauftragter an der Universität Liechtenstein: Lehrveranstaltung «Makroökonomie – Übung» (Sommersemester 2013)

Mitglied der Statistischen Kommission der liechtensteinischen Regierung (seit Januar 2013)

Interview

Nicht mit dem Rasenmäher sparen

Interview und Foto Richard Brunhart, brunhart@freiliste.li

Hohe Kosten können in manchen Bereichen erklärt werden und auch gerechtfertigt sein, hält Andreas Brunhart, Forschungsbeauftragter Wirtschaft am Liechtenstein-Institut, fest. Im Interview wirft er einen kritischen Blick auf die öffentliche Debatte rund um die Sanierung des Staatshaushalts.

WEISS Sparen ist derzeit das Top-Thema. Zumindest in einem Bereich spart Liechtenstein richtig viel Geld: Beim Militär beziehungsweise der Landesverteidigung. Gibt es noch mehr Leistungen, die das Land nicht bereitstellt, die in anderen Ländern ganz selbstverständlich sind?

Andreas Brunhart Was mir als erstes einfällt sind Bereiche des öffentlichen Verkehrs. Insbesondere mit allem, was den Flugverkehr betrifft, haben wir sehr wenig zu tun. Zudem verschiedene aussenpolitische Bereiche, bei denen es für grosse Staaten sehr wichtig ist, Einfluss zu nehmen, für die uns aber die Ressourcen fehlen oder auf die wir uns nicht spezialisiert haben. Das Militär ist aber sicher das Eklatanteste.

Besteht auf der anderen Seite deutliches Sparpotential? Bietet Liechtenstein etwas an, worauf Einwohner anderer Länder gerne verzichten, so wie wir Liechtensteiner ganz einfach ohne Militär auskommen?

Was in Liechtenstein auffällt – das ist vielleicht eine generelle Charakteristik eines Kleinstaates mit geringen Ressourcen, der sich spezialisieren muss –, ist, dass man sich sehr genau überlegt, was man sich leisten will und leisten kann. Ich glaube nicht, dass man derzeit ein grosses Feld definieren kann, das wir nicht mehr wollen. Auch wenn man in den letzten Jahren etwas grosszügiger mit dem Geld umgegangen ist, habe ich den Eindruck, dass der Spargedanke oder ein haushälterischer Umgang mit Geld doch ausgeprägter war als in anderen Ländern.



Interview mit Andreas Brunhart im «Weiss»-Magazin, 7/2013.

8 – WEISS – Magazin der Freien Liste – 07/13

Vorlesungen, Vorträge, Symposien

Im Berichtsjahr bot das Liechtenstein-Institut wiederum Vortragsreihen und Einzelvorträge an.

Vortragsreihen

LANDTAG – SCHWATZBUDE, VOLKSVERTRETUNG, MACHTTRÄGER?



26.2.2013 | **Landtagsarbeit – Zwischen freiem Mandat und Parteidisziplin** (Christian Frommelt, Sebastian Wolf)

5.3.2013 | **Demokratietest – Sperrklausel, Mandatsverteilung und anderes unter der Lupe** (Christian Frommelt, Wilfried Marxer)

12.3.2013 | **Wer wählt warum wie und wen – Ergebnisse der Nachwahlbefragung zu den Landtagswahlen 2013** (Wilfried Marxer)

21.3.2013 | **Podiumsdiskussion: Vertreterinnen und Vertreter der Politik und Forschung diskutieren über aktuelle Probleme des Landtags und Reformvorschläge** (Podiumsteilnehmer: Manfred Batliner, FBP; Judith Öhri, VU; Helen Konzett-Bargetze, FL; Harry Quaderer, DU)

KOHÄRENZ UND ZIELKONFLIKTE DER AUSSENPOLITIK



3.9.2013 | **Kohärenz und Zielkonflikte der Aussenpolitik** (Christian Frommelt)

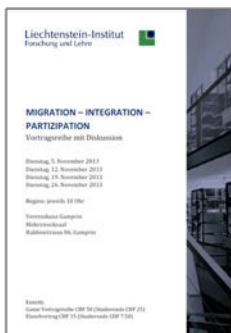
10.9.2013 | **Licht und Schatten – Liechtensteins Mitgliedschaft im Europarat** (Sebastian Wolf)

17.9.2013 | **Verflechtung von Aussenpolitik, Aussenwirtschaft und Innenpolitik** (unter Mitwirkung von: Josef Beck; Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer; Prinz Michael von und zu Liechtenstein, Liechtensteinische Treuhändervereinigung; Sigi Langenbahn, Liechtensteinischer ArbeitnehmerInnenverband; Peter Ritter, Liechtensteinischer Entwicklungsdienst)

24.9.2013 | **Multilevel Governance – Informationsaustausch, Interessenvertretung und Benchmarking** (Patrick Ritter, Amt für Auswärtige Angelegenheiten; Andrea Entner-Koch, Stabsstelle EWR; Stefan Sohler, AIBA; Wilfried Marxer, Liechtenstein-Institut)

MIGRATION – INTEGRATION – PARTIZIPATION

5.11.2013 | **Ökonomische Perspektiven der Migration – Ist Zuwanderung lohnend?** (Kersten Kellermann, Carsten-Henning Schlag)



12.11.2013 | **Europäische Integration und Mobilitätsförderung – Sonderrolle Liechtensteins in Europa?** (Christian Frommelt)

19.11.2013 | **Von Aufenthalt bis Einbürgerung – Wie einbürgerungsfreundlich ist Liechtenstein?** (Martina Sochin D'Elia)

26.11.2013 | **Soziale und politische Integration – Chancengleichheit in Sichtweite?** (Wilfried Marxer)

24. PETER-KAISER-VORTRAG

25.10.2013 | «Lebentwürfe heute – wie junge Frauen und Männer leben wollen». Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, sprach anlässlich des 24. Peter-Kaiser-Vortrags über die Ergebnisse ihrer Studie «Lebentwürfe heute», in welcher sie junge Menschen über mehrere Jahre hinweg nach ihren Wünschen und Plänen befragte.



Liechtenstein-Institut
Forschung und Lehre

24. PETER-KAISER-VORTRAG
Prof. Jutta Allmendinger

LEBENTWÜRFHE HEUTE. WIE JUNGE FRAUEN UND MÄNNER LEBEN WOLLEN.

Fr 25. Okt. 2013 | 18 Uhr
Aula Primarschule
Bühl 23 | Gamprin

Wie tickt die jüngere Generation? Was wollen junge Frauen und Männer? Lassen Partnerschaften oder Kinder die eigene Erwerbstätigkeit weniger wichtig erscheinen? Führt ein guter Job dazu, den Kinderwunsch aufzugeben?
In ihrer Studie «Lebentwürfe heute» zeigt Prof. Jutta Allmendinger auf, was jungen Menschen in ihrem Leben wichtig ist.

Liechtenstein-Institut
Auf dem Kirchhügel | Bendern
www.liechtenstein-institut.li

Wie tickt die jüngere Generation? Studie räumt mit allerlei Mythen auf

FL-Institut Im 24. Peter-Kaiser-Vortrag referierte die Soziologin Jutta Allmendinger in Gamprin über die Frage, wie junge Frauen und Männer leben wollen.

VON HANNES MATT

Die hochdekorier- te Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Jutta Allmendinger, zeigte anhand ihrer neuesten repräsentativen Studie, wie sich die Wertevorstellungen zwi-

Jutta Allmendinger. (Foto: M. Zepherin)

schen 2007 und 2012 des Jahrgangs 1978 bis 1992 in Deutschland verändert haben. Dabei sei auffallend, dass sich der Erwerbseinkommen von Frauen weiter gesteigert habe – und die Männer dieses Verlangen auch stärker unterstützt. Finanzielle Unabhängigkeit von Frauen kann damit endgültig als gesellschaftliche Norm angesehen werden, und diese ist eben nur durch eine Erwerbstätigkeit zu erreichen. Dass die Frauen dabei weniger verdienen, daraus stören sich die meisten – auch besonders viele Männer.

«Frau am Herd» – ein veraltetes Bild Das stereotype Bild der Hausfrau gehört bei der jungen Generation also der Vergangenheit an. In Deutschland hänge die Gesellschaft diesen Vorstellungen aber noch hinterher, wie Allmendinger erklärt: «In der Familienpolitik wird immer noch auf einen Haupterhalter gesetzt. Es hiesse, die Frauen würden ihre Meinung dann schon noch ändern.» Diese Retraditionalisierung habe ge-

miss der Studie jedoch nicht eingesetzt. Auch nicht, als die Frauen Kinder bekommen, wichen sie von ihrem unabhängigen Standpunkt ab. Ebenso fühlen sich Männer heute stolzer als Alleinerhalter. Entgegen der landläufigen Meinung ist beim starken Geschlecht der Wunsch nach Kindern bei über 90 Prozent der Teilnehmer vorhanden. Die meisten denken dabei, sie würden sich gegen die Gesellschaftsordnung stellen und dass es eben «uncool» sei, Kinder zu kriegen: Eine Täuschung. Die «Kinderfeindlichkeit» der modernen Arbeitsgesellschaft, wie man es gerne in den Medien hört, ist daher eine bedenkliche Annahme.

Unabhängigkeit als Liebestöter? Man dachte ebenfalls, dass diese Individualisierung einen Familienschauspiel hervorgerufen würde. «Das Gegenteil ist der Fall. Die Unabhängigkeit beider Geschlechter gibt die Möglichkeit, sich stärker zu assoziieren, führt Allmendinger aus. Man wolle sich in hohem Masse nahe sein,



Die Generation Y. Sie ist heute zwischen 21 und 34 Jahre alt und will Karriere machen sowie abkassieren – aber auf eine Familie nicht verzichten. (Foto: SS)

guten Sex erleben und sich einen Partner und sogar Kinder wünschen. Man möchte aber nicht damit aufzufallen. Über 50 Prozent wollen, dass man Zeit auch ohne den Partner verbringt und dass jeder eigene Freunde in die Beziehung mitbringe. Handlungsfelder sieht die Soziologin besonders in der Verzahnung von Bildungs-, Familien- und Generationenfragen. «Alle reden nur vom Geld, aber nie von Zeit», bringt

es Allmendinger auf den Punkt. «Und vom Recht auf Mindestlohn. Da müsste man aber zuerst von jenem auf Mindestbildung sprechen.» Sie kritisiert damit die verkürzten Schulzeiten. Auf der anderen Seite sollte Arbeitszeit eingeschränkt werden. Auf die 32-Stunden-Woche. Damit der Mensch sich den wachsenden Anforderungen, etwa Weiterbildungen und der Kindererziehung sowie seiner Erholung widmen kann.

Berichterstattung im
Liechtensteiner Volks-
blatt, 26. Oktober 2013

Vorbereitungskolloquien für die Rechtsanwaltsprüfung

Für die Kandidaten und Kandidatinnen der Rechtsanwaltsprüfung resp. der Eignungsprüfung für Rechtsanwälte bot das Liechtenstein-Institut im Frühjahr und im Herbst 2013 Vorbereitungskolloquien zu folgenden Themen an:

- Verfassungsrecht (Dozent: Dr. Hilmar Hoch)
- Verwaltungsrecht (Dozent: lic. iur. et oec. Andreas Batliner)
- Zivil- und Zivilprozessrecht (Dozent: lic. iur. Uwe Öhri)
- Strafrecht (Dozent: Dr. Gerhard Mislik)

Veröffentlichungen 2013

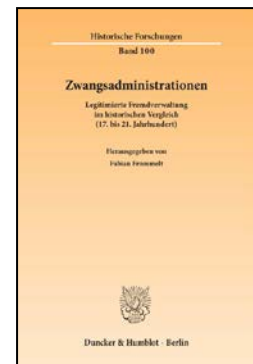
Monografien, Sammelbände

Brunhart, Andreas (2013): *Economic Growth and Business Cycles in Liechtenstein – Econometric Investigations Considering the Past, Present, and Future*, PhD-Thesis, University of Vienna, Winter-Industries (Berlin).

Brunhart, Arthur; Frommelt, Fabian (Redaktion) (2013): *Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein*, 2 Bände, Projektleitung: Arthur Brunhart, Redaktionsleitung: Fabian Frommelt. Vaduz/Zürich: Verlag des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein/Chronos Verlag.

Frommelt, Fabian (Hg.) (2014): *Zwangsadministrationen. Legitimierte Fremdverwaltung im historischen Vergleich (17. bis 21. Jahrhundert)*. Berlin: Duncker & Humblot (Historische Forschungen, Bd. 100).

Liechtenstein-Institut (Hg.) (2014): *Beiträge zum liechtensteinischen Recht aus nationaler und internationaler Perspektive*, LPS 53, Schaan 2014.



Artikel in Fachzeitschriften und Sammelbänden

Bussjäger, Peter (2013): *Was ist eine enderledigende Entscheidung?* In: Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hg.): *90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof. Festschrift für Gert Delle Karth*. Wien: Jan Sramek Verlag, S. 81–91.

Bussjäger, Peter (2014): *Der Staatsgerichtshof und die Europäische Menschenrechtskonvention – Bemerkungen zur Europäisierung des Grundrechtsschutzes in Liechtenstein*. In: Liechtenstein-Institut (Hg.), *Beiträge zum liechtensteinischen Recht aus nationaler und internationaler Perspektive*, LPS 53, Schaan 2014, S. 49–68.

Frommelt, Fabian (2014): *Kaiserliches Krisenmanagement in der Peripherie. Zur kaiserlichen Administration in Vaduz/Schellenberg (1684–1712)*. In: Fabian Frommelt (Hg.): *Zwangsadministrationen. Legitimierte Fremdverwaltung im historischen Vergleich (17. bis 21. Jahrhundert)*. Berlin: Duncker & Humblot (Historische Forschungen, Bd. 100), S. 63–95.

Frommelt, Fabian (2014): *Vom Kaiserlichen Kommissar zum Hohen Repräsentanten – Zwangsadministrationen im historischen Vergleich. Einleitung und Ergebnisse*. In: Fabian Frommelt (Hg.): *Zwangsadministrationen. Legitimierte Fremdverwaltung im historischen Vergleich (17. bis 21. Jahrhundert)*. Berlin: Duncker & Humblot (Historische Forschungen, Bd. 100), S. 9–43.

Marxer, Wilfried (2013): *Liechtenstein II: Parliamentarianism in a complex political system*. In: Nicholas D.J. Baldwin (Hg.): *Legislatures of Small States. A comparative study*. Oxon: Routledge (Library of Legislative Studies), S. 65–73.

Marxer, Wilfried (2013): *Sozialpolitiken der Welt: Liechtenstein*. In: Markus Porsche-Ludwig, Wolfgang Gieler und Jürgen Bellers (Hg.): *Handbuch Sozialpolitiken der Welt*. Berlin: Lit Verlag (Politik. Forschung und Wissenschaft, 31), S. 338–342.

Marxer, Wilfried (2013): *Rezension: Adrian Vatter (Hg.) Vom Schächt- zum Minarettverbot (2011)*. In: *Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte SZRKG* 107, S. 473–475.

Quaderer, Rupert (2013): *«Die Sehnsucht nach Deinem Geld ist unermesslich»*. Das Fürstenhaus als finanzieller Nothelfer Liechtensteins in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg. In: Liechtensteinisch-Tschechische Historikerkommission (Hg.), *Das Fürstenhaus, der Staat Liechtenstein und die Tschechoslowakei im 20. Jahrhundert*, Vaduz: Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein, S. 25–42.

Schiess, Patricia (2013): Die politische Verantwortung des Landesfürsten. In: Hubertus Schumacher/Wigbert Zimmermann (Hg.): 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof. Festschrift für Gert Delle Karth. Wien: Jan Sramek Verlag, S. 829–845

Schiess, Patricia (2013): Politikfinanzierung in der Schweiz. Der Gesetzgeber ist gefordert. In: Joesette Baer/Wolfgang Rother (Hg.): Geld. Philosophische, literaturwissenschaftliche und ökonomische Perspektiven. Basel: Schwabe, S. 91–116

Schiess, Patricia (2013): Tagungsbericht «Gesundheitsrecht am Puls der Zeit – Herausforderung Alter». Symposium der UFL zum Thema Herausforderung Alter am 23. November 2012 in Triesen FL. In: Jusletter 28. Januar 2013 (mit Franziska Sprecher)

Sochin D'Elia, Martina (2013): «Der Mann ist das Haupt der Familie, die Frau das Herz» – Die katholische Vorbereitung auf das Leben als Frau. In: Ariadne, Heft 63, S. 28–35.

Wolf, Sebastian (2013): Zum Verhältnis von Exekutive und Legislative bei der Organisation der Landesverwaltung. In: Liechtensteinische Juristenzeitung (LJZ) 2013, H. 2, S. 64–71.

Sonstige Publikationen

Allmendinger, Jutta (2013): Lebensentwürfe heute. Wie junge Frauen und Männer leben wollen. Schaan: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Kleine Schriften, 55).

Brunhart, Andreas (2013): Der Klein(st)staat Liechtenstein und seine grossen Nachbarländer: Eine wachstums- und konjunkturanalytische Gegenüberstellung. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 44).

Brunhart, Andreas (2013): Ein konjunkturanalytischer Sonderfall (Gastkommentar). In: Wirtschaft Regional, 7.9.2013, Vaduz.

Frommelt, Christian (2013): Trittbrettfahrer der Schweizer Aussenpolitik (Gastkommentar). In: Wirtschaft Regional, 30.3.2013, Vaduz.

Frommelt, Christian (2013): Der Spielraum für Sonderlösungen wird kleiner (Gastkommentar). In: Wirtschaft Regional, 26.11.2013, Vaduz.

Frommelt, Christian (2013): Differentiated Integration of the EEA EFTA States: What lessons can be drawn for the ENP?, Conference Paper, ENP in a comparative perspective, Brugge.

Frommelt, Fabian (2013): Steffen Leins: Das Prager Münzkonsortium 1622/23. Ein Kapitalgeschäft im Dreissigjährigen Krieg am Rand der Katastrophe (Rezension). In: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 112. Vaduz: Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein, S. 177–185.

Marxer, Wilfried (2013): Landtagswahlen 2013 – Frauen im Fokus. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 41).

Marxer, Wilfried (2013): Manifesto Research – Forschungsbericht Liechtenstein (Stand 2013). Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 40).

Marxer, Wilfried (2013): Menschenrechte in Liechtenstein – Zahlen und Fakten 2013. Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Hg.). Mitarbeit: Patricia Hornich, Isabelle Sartor. Vaduz: Regierung des Fürstentums Liechtenstein.

Marxer, Wilfried (2013): Optimierung des Wahlsystems in Liechtenstein: Wahlkreise – Mandatszahl – Sperrklausel – Mandatszuteilung. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 43).

Marxer, Wilfried (2013): Rechtsextremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2012. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 39).

Sochin D'Elia, Martina (2013): Das liechtensteinische Bürgerrecht in Geschichte und Gegenwart. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 45).

Sochin D'Elia, Martina (2013): Country Report Liechtenstein. Expertenbericht für das EUDO Citizenship Projekt, San Domenico di Fiesole.

Wolf, Sebastian (2013): Elemente einer makropolitischen Theorie des Kleinstaats. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 42).

Wolf, Sebastian (2013): Grosse Änderungen im Kleinstaat (Gastbeitrag). In: Südkurier, 5.2.2013, Konstanz.

Wolf, Sebastian (2013): Korruptionsbekämpfung: Thema für Liechtenstein? (Gastkommentar). In: Wirtschaft Regional, 15.6.2013, Vaduz.

In Vorbereitung begriffene Publikationen

Brunhart, Andreas: The Swiss Business Cycle and the Lead of the Small Neighbor Liechtenstein (Arbeitstitel).

Bussjäger, Peter (2014): Verfassungsrechtliche Grundlagen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Liechtenstein. Hg.: Benjamin Schindler, St. Gallen.

Bussjäger, Peter (2014): Rechtsinformationssysteme in Liechtenstein. In: Erich Schweighofer u.a. (Hg.): Zeichen und Zauber des Rechts. Festschrift für Friedrich Lachmayer, Bern 2014, S. 329–342.

Marxer, Wilfried (2014): Rechtsextremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2013. Inkl. Anhänge. Bendern. Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut.

Marxer, Wilfried (i. Ersch.): Use and Non-Use of Direct Democratic Instruments. In: Zoltán Tibor Pállinger (Hg.): Political Crisis in Europe – Direct Democratic Answers. Reihe Direct Democracy in Modern Europe. Wiesbaden: Springer VS.

Marxer, Wilfried (i. Ersch.): Direkte Demokratie in Liechtenstein – Selektiv erhobene Stimme des Volkes. Beitrag zur Konferenz «Direkte Demokratie – Forschungsstand und Perspektiven», 18.–20. März 2011 in Tutzing/Bayern.

Sochin D'Elia, Martina (2014): Wenn Ausländer den Arbeitsmarkt dominieren. Ausländerpolitik im Kleinstaat Liechtenstein. In: Universität Luxemburg (Hg.): Migrations, Représentations, Intégrations? Le modèle luxembourgeois à la lumière d'autres modèles européens.

Sochin D'Elia, Martina (2014): The Institute St. Elisabeth as a place of conservation and encouragement of a catholic identity for the female youth of Liechtenstein. In: Urs Altermatt, Jan de Maeyer und Franziska Metzger (Hg.): Religious Institutes and Catholic Culture in 19th and 20th Century Europe. Leuven: Leuven University Press.

Wille, Herbert (i. Ersch.): Liechtenstein-Beitrag. In: Peter Brandt, Werner Daum und Arthur Schlegelmilch (Hg.): Handbuch und Quellen zur europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Teil 3: 1848–1870. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz.

Wolf, Sebastian (2014): Korruption, Antikorruptionspolitik und öffentliche Verwaltung. Einführung und europapolitische Bezüge. Reihe Grundwissen Politik, Band 54. Wiesbaden: Springer VS [mit einem Abschnitt über Antikorruptionspolitik in Liechtenstein, S. 143–147].

Wolf, Sebastian (2014): Politikberatung im Kleinstaat. Eine theoretische Skizze und die liechtensteinische Verwaltungsreform als Fallbeispiel. Erscheint in: Zeitschrift für Politikberatung, Heft 1/2014.

Wolf, Sebastian (2014): eDemocracy in Liechtenstein. Stand und Perspektiven. Erscheint voraussichtlich 2014 in einem von Alexander Balthasar u. a. herausgegebenen Sammelband.

Medienpräsenz

Als unabhängiges Institut wird das Liechtenstein-Institut jedes Jahr von zahlreichen in- und ausländischen Medien kontaktiert und um Stellungnahmen und Interviews gebeten, 2013 unter anderem von Schweizer Fernsehen, ORF, der Standard, die Süddeutsche Zeitung, Reuters, Tages-Anzeiger, um nur einige zu nennen.

Besonders der überraschende Ausgang der Landtagswahlen vom 3. Februar 2013 erregte viel Aufmerksamkeit sowohl in den heimischen als auch in den internationalen Medien. Die im Nachgang der Landtagswahlen erschienenen Arbeitspapiere, welche sich u.a. mit dem Abschneiden der Frauen bei den Wahlen beschäftigten, fanden in den Medien reichlich Erwähnung.

Neben der Berichterstattung zu den Vortragsreihen nimmt die Tagespresse regelmässig auf Publikationen des Liechtenstein-Instituts Bezug.

Zeit, zu handeln: Frauen sind in der Politik zu wenig vertreten

Bericht Frauen sind in politischen Gremien unterrepräsentiert – das zeigt auch das Ergebnis der diesjährigen Landtagswahl. Wilfried Marxer vom Liechtenstein-Institut untersuchte die Gründe dafür und stellte den Bericht gestern in Gamprin vor.

VON SILVIA BÖHLER

Die Landtagswahlen vom 3. Februar 2013 endeten aus Sicht der Frauen mit einem wenig erfreulichen Ergebnis. Nur fünf Frauen errangen ein Landtagsmandat, der Frauenanteil im Parlament reduzierte sich somit auf 20 Prozent. «Eine Situation, für die wir uns im Ausland schämen müssten», räumte Regierungsrat Mauro Pedrazzini ein. Allerdings hätten die Parteien generell grosse Mühe, die Listen zu füllen – sei es mit Frauen oder mit Männern. Seitens des Ressorts und der Stabsstelle für Chancengleichheit gebe es daher grosse Bemühungen, Frauen in die Politik zu bringen. So habe man auch Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, damit beauftragt, die Landtagswahlen und die Unterrepräsentanz der Frauen in der Politik zu analysieren. Die Ergebnisse stellte er gestern im Gampriner Vereinshaus der Öffentlichkeit vor.

«Betrachtet man den Mandatsanteil von Frauen im Liechtensteiner Landtag seit 1986, zeigt sich ein tiefes Niveau in den 1980er- und 1990er Jahren», so Marxer. «Mit Beginn des neuen Jahrtausends (Wahlen 2001 und 2005) näherte sich der Frauenanteil im Landtag jedoch schrittweise dem tatsächlichen Bevölkerungsanteil der Frauen an. Doch in den nachfolgenden Wahlen sei eine Stagnation oder sogar Rückschritt festzustellen. So erreichten die Frauen im Jahr 2009 6 der 25 Landtagsmandate. 2013 sind schliesslich noch 5 Frauen im Landtag präsent. «Mit einem Frauenanteil von 20 Prozent im Parlament liegt Liechtenstein im europäischen Mittelfeld, erfreulich ist dieser Prozentsatz nicht», so Marxer.

Was sind die Gründe dafür?
Um die Ursachen für die geringe Beteiligung der Frauen im Parlament zu finden, verglich Marxer die Wahlergebnisse mit vorangegangenen Wahlen und führte zudem nach den Wahlen eine telefonische Befragung von 1000 Bürgern durch. In seinem Bericht nennt er verschiedene Gründe, warum in Liechtenstein derzeit wenige Frauen in der Politik vertreten sind:

- Die traditionellen Rollenbilder sind in Liechtenstein nach wie vor vorhanden. Die Politik, die Wirtschaft sowie die Gesellschaft sind bis heute stark männlich dominiert.
- Frauen sind etwas geringer an der Politik interessiert als Männer. Je jünger die Menschen sind, desto geringer ist das Interesse. Bei den 18- bis 34-jährigen geben lediglich 10 Prozent der jungen Frauen an, sich sehr für Politik zu interessieren.
- Meist haben die Frauen geringere Chancen, gewählt zu werden. Dabei hängt das Recht der Frauen, sich am politischen Geschehen gleichberechtigt zu beteiligen, nur bedingt von der Anzahl der Kandidierenden ab. Eine höhere Anzahl führt laut Marxer nicht zwangsläufig zu einer höheren Anzahl an Mandaten. In den vergangenen Jahren konnten die Frauen allerdings dank der Sympathiestimmen Landtagsmandate ergattern.
- Frauenfreundlich wählen vor allem die Frauen und ältere Menschen. Insgesamt wählen jedoch lediglich 15 bis 25 Prozent der Bürger weibliche Kandidatinnen. «Vorsicht interpretiert lässt sich über die Jahre zudem keine Zunahme», sondern eher eine Stagnation im frauerefreundlichen Wahlverhalten festzustellen, sagt Marxer. Die Chancen, ein Landtagsmandat zu ergattern, erhöhe sich markant, wenn die Frauen bereits auf Gemeindeebene erfolgreich in der Politik vertreten



Sind für mehr Frauen in der Politik, von links: Vizevorschaerin Dagmar Gadov, Minister Mauro Pedrazzini und Politologe Wilfried Marxer. (Foto: Paul Brunner)

waren oder bereits ein Landtagsmandat innehaben.

- Viele Frauen haben wenig Interesse an einem Amt in politischen Institutionen, wie Parteien, Parlamenten oder Regierung. Gründe dafür sind vor allem der politische Still (zu viel Machtpolitik anstelle von Sachpolitik) sowie die negative besetzte Perspektive auf einen Wahlkampf. Hinzu kommen familiäre und berufliche Belastungen sowie eine gewisse Öffentlichkeitscheu.

Es herrscht Handlungsbedarf
«Obwohl die Frauen sich bewusst gegen die Politik entscheiden und die Chance der Frauen, gewählt zu werden, lediglich bei rund 30 Prozent liegt, lässt das Verständnis für

eine spezielle Frauenförderung in der Bevölkerung nach», sagt Marxer. Dennoch sieht er erheblichen Handlungsbedarf, denn ein tiefer Frauenanteil im Parlament habe durchaus Auswirkungen. «Frauen haben unterschiedliche Zugänge zu verschiedenen Themen», so der Experte. So wählen die Männer bei seiner Befragung eine grosse Koalition, die Frauen wünschten sich eine Koalition aller Parteien. Während die Frauen den Staatshaushalt durch konsequentes Sparen sanieren wollen, geben die Männer an, Steuererhöhungen vorzuziehen. Es gebe aber nicht nur signifikante Differenzen bei verschiedenen Lösungsmassnahmen, eine Unterrepräsentation könne auch ein Signal der

Ungleichheit senden, welches auch Symbolkraft für weitere gesellschaftliche Bereiche haben könne. «Ein Abbild der derzeitigen Ungleichheit ist auch die gravierende Unterrepräsentanz der Frauen in Gremien, Kommissionen und Ämtern. Hier fordert Marxer die Regierung und die Parteien auf, mehr Sensibilität bei der Rekrutierung und Stellenbesetzung zu zeigen. Marxer sieht Vorteile einer Quotenregelung, befürchtet jedoch, dass diese in Liechtenstein nicht umsetzbar ist. «Wenn die Politik etwas verändern will, ist das eine Frage von Massnahmen. Ich sehe derzeit jedoch keinen politischen Willen, die gesellschaftliche Schieflage zu ändern», sagt Marxer nachher.

Liechtensteiner Volksblatt,
29.10.2013

Umfrage zum Thema Frauen in der Politik



CHRISTINE WOHLWEND
FRAKTIONSPRECHERIN FDP

«Die Parteien setzen sich bereits jetzt sehr stark dafür ein, eine Ausgewogenheit der Geschlechter anzustreben. Dennoch sollten wir geschlechterunabhängig und über alle Generationen hinweg mehr Gewicht auf die politische Kommunikation legen. Wenn bei Jugendlichen ein breites Interesse am politischen und volkswirtschaftlichen Geschehen entstehen würde, würde sich auch die asynchrone Repräsentanz von Männern und Frauen in der Politik in Zukunft von selbst auflösen.»



HELEN KOZETTE BAROZZE
FRAKTIONSPRECHERIN FL

«Künftig könnte gesetzlich verankert werden, dass auf den Wahllisten 50 Prozent Frauen stehen. Ich unterstütze eine solche Regelung eine höhere Akzeptanz als einer 50-Prozent-Repräsentanzregel im Landtag. Zudem könnten bei der Medienförderung die geschlechterspezifische Berichterstattung und Bildersprache stärker beachtet und bestimmte Standards eingefordert werden. Die Frauen sind aber auch selbst aufgerufen, sich politisch zu engagieren.»



VIOLANDA LANTER-KOLLER
LANDTAGSVICEPRÄSIDENTIN UVP

«Wenn wir die Gleichstellung der Geschlechter tatsächlich anstreben – und das ist meines Erachtens selbstverständlich in einer modernen Gesellschaft – so braucht es dafür die entsprechende Einsicht und den Willen zur Umsetzung. Massnahmen zur Förderung von Frauen sind gut und wichtig, sie müssen jedoch ernst gemeint sein und sich nach den Bedürfnissen der Frauen richten. Staat, Parteien und Frauenorganisationen könnten beispielsweise miteinander eine Strategie zum politischen Einbezug von Frauen entwickeln.»

Jahresrechnung 2013

Die Jahresrechnung 2013 schliesst mit einem Betriebsaufwand von CHF 1'610'492 und einem Betriebsertrag von CHF 1'546'853, was einen Aufwandüberschuss von CHF 63'639 ergibt.

Die Finanzierung des Liechtenstein-Instituts im Jahr 2013 erfolgte durch Unterstützungsbeiträge der öffentlichen Hand und Privater, durch Gutachtertätigkeit und Auftragsprojekte sowie Veranstaltungen und Mitgliederbeiträge. Im Einzelnen setzten sich die Erträge wie folgt zusammen:

Landesbeitrag:	CHF	1'000'000
Gemeindebeiträge:	CHF	76'076
Spenden Privater:	CHF	232'461
Dienstleistungen und weitere Erträge:	CHF	238'316

Unter den bedeutenden privaten Spendern im Jahr 2013 sind zu nennen:

Ferro Industrial- und Handelsgesellschaft Aktiengesellschaft, Vaduz

March International Ltd., Vaduz

RHW Stiftung, Triesen

Allen Spendern und Förderern des Jahres 2013, aber auch allen bisherigen Spendern und Förderern, sei an dieser Stelle aufrichtig gedankt. Ohne ihre grosszügige Unterstützung wäre das gute Funktionieren des Forschungsinstituts und des Lehrbetriebs nicht möglich.

Über das Liechtenstein-Institut

Unser Leitbild

Das Liechtenstein-Institut wurde 1986 als privates, unabhängiges Hochschulinstitut in der Rechtsform eines gemeinnützigen Vereins mit Sitz in Bendern gegründet. Organe sind die Mitgliederversammlung, der Institutsvorstand, der Wissenschaftliche Rat und der Direktor / die Direktorin. Die wissenschaftlichen Leistungen werden vorab von Forschungsbeauftragten am Institut sowie freien Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen erbracht. Die Fachbereiche von Forschung und Lehre sind Rechts-, Politik-, Wirtschafts- und Geschichtswissenschaft.

Das Liechtenstein-Institut ist eine wissenschaftliche Forschungseinrichtung und akademische Lehrstätte mit dem Hauptziel, Beiträge mit direktem Liechtenstein-Bezug oder zu Liechtenstein relevanten Themen (z. B. Kleinstaaten, europäische Integration, Region Alpenrhein-Bodensee) und zu einschlägigen, über Liechtenstein hinausreichenden Fragestellungen zu leisten. Damit sollen insbesondere das Selbstverständnis und die nachhaltige Entwicklung Liechtensteins wirksam unterstützt werden.

Forschungsthemen können von den Organmitgliedern des Instituts, den Forschenden wie auch von Behörden und kooperierenden Forschungsinstituten dem Wissenschaftlichen Rat vorgeschlagen werden. Das Liechtenstein-Institut wird über eine mehrjährige Leistungsvereinbarung mit dem liechtensteinischen Staat, durch Gemeindebeiträge sowie private Spenden und Dienstleistungseinnahmen unter Wahrung der Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit finanziert.

Das Liechtenstein-Institut verwirklicht seine Ziele durch Forschung, Lehre, Publikationen, Beiträge an externen Tagungen und Kongressen, eigene Veranstaltungen und Medienbeiträge. Es werden auch Doktorandenstellen und Praktikumsplätze bereitgestellt sowie Dienstleistungen angeboten, etwa Gutachten, Studien, Betreuung von Dissertationen und Diplomarbeiten oder Beiträge zur Berufsbildung und Erwachsenenbildung. Von besonderer Bedeutung für das Liechtenstein-Institut sind Kooperationen mit Forschenden ausländischer Universitäten und Hochschulen, im Land selbst die Abstimmung mit der Universität Liechtenstein.

Das Liechtenstein-Institut baut auf die Selbständigkeit und Eigenverantwortung seiner Forschenden. Neben fachlicher Expertise sind internationale Vernetzung und eine gute Verankerung im Land ebenso wie Interdisziplinarität, Teamorientierung und Kommunikationsfähigkeit wesentliche Voraussetzungen ihres Erfolgs.

Die Forschung des Liechtenstein-Instituts zu Liechtenstein-relevanten Themen ist primär grundlagenorientiert. Bezugspunkte sind Souveränität und Identität Liechtensteins und von Kleinstaaten generell, die es in der Geschichte zu erforschen und mit Blick auf internationale Zusammenhänge und die Fortentwicklung von Politik und Recht, Wirtschaft und Gesellschaft wissenschaftlich zu begleiten gilt.

Schlusspunkt



Auf die Idee hin, nach meinem Grundstudium der Geschichte etwas Praxisluft zu schnuppern, fiel mir spontan das Liechtenstein-Institut ein. Vor einiger Zeit hatte ich auf der Suche nach Literatur für eine Seminararbeit schon einmal hier an die Türe geklopft. Damals hatte mich Fabian Frommelt sehr bereitwillig mit Ideen und Tipps unterstützt. Auch das Team und die angenehme Atmosphäre blieben mir in guter Erinnerung.

Im vergangenen November sollte diese Türe ein weiteres Mal für mich geöffnet werden und mir während drei Monaten die Möglichkeit bieten, im Rahmen grösserer laufender Forschungsarbeiten wertvolle Erfahrungen sammeln zu können. Abwechslungsreiche Aufgaben von Martina Sochin D'Elia und Fabian Frommelt sowie spannende Diskussionen während der Pausen vermochten das Praktikum zu einem für mich sehr vielseitigen Einblick in die hiesige Forschungspraxis abzurunden.

Bestärkt durch die Erfahrung, einiges des im Studium theoretisch Gelernten im Rahmen von Forschungsprojekten praktisch umsetzen zu können, trete ich mein bevorstehendes Masterstudium nun viel motivierter und mit klareren Perspektiven an. Zudem gaben mir die Aufgaben und die Unterstützung, die mir insbesondere die Forschungsbeauftragten des Fachbereichs Geschichte dabei gegeben haben, einiges an neuen Fähigkeiten mit, um in Zukunft strukturierter an Arbeiten und Recherchen herantreten zu können.

Letztlich hat die Tätigkeit am LI auch mein Interesse für landesspezifische und regionale Themen wecken können, zu denen ich durch mein Studium in Wien und Lissabon bisher wenig Zugang hatte.

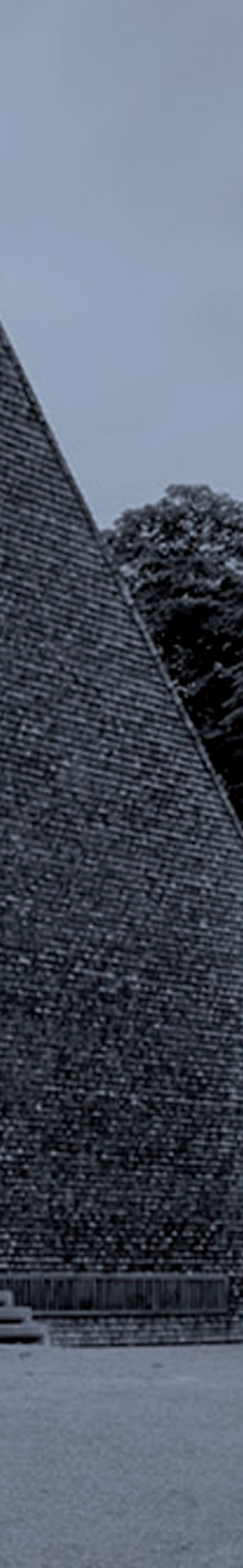
Toni Büchel, Ruggell, Student der Geschichte an der Universität Wien

Impressum

Liechtenstein-Institut
Auf dem Kirchhügel
St. Luziweg 2
9487 Bendern
Liechtenstein

info@liechtenstein-institut.li
www.liechtenstein-institut.li

Juni 2014



Liechtenstein-Institut
Auf dem Kirchhügel
St. Luziweg 2
9487 Bendern
Liechtenstein
T +423 / 373 30 22
F +423 / 373 54 22
info@liechtenstein-institut.li
www.liechtenstein-institut.li